Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft J. V. W. Kindermann, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 220. Mittwoch, 19. September 1928. 3. Jahrgang.

Kommissionsberatungen in Genf.

Fortgang der Völkerbundsarbeit.

Genf, 17. September. (Eig. Drahtber.)

Im Genf wurden am Montag die Beratungen der Kommissionen fortgesetzt. Die Kommission für Mandatsfragen und politische Fragen schloß ihre Beratungen mit der Annahme zweier Resolutionen ab. Zur Mandatsfrage werden die Mandatsstaaten nochmals auf die Notwendigkeit der Herstellung der vollkommen wirtschaftlichen Gleichheit aller Staaten in den Mandatsgebieten aufmerksam gemacht; sie werden gebeten, den Alkoholismus energischer als bisher zu bekämpfen, und noch einmal an ihre Pflicht erinnert, dem Völkerbundssekretariat alle gewünschten Informationen über die Mandatsgebiete zukommen zu lassen. Zu der Bekämpfung der Sklaverei wird festgestellt, daß das Antisklavereiabkommen nunmehr von 26 Staaten ratifiziert worden sei, daß aber noch immer einige in Betracht kommende Staaten fehlen. Die Regierungen werden auch hier gebeten, alles Material über diese Frage auf Wunsch dem Völkerbund zur Verfügung zu stellen.

In der

juristischen und in der Rüstungskommission

gab es speziell juristische Auseinandersetzungen, die natürlich nicht der politischen Hintergründe entbehrten. Inbezug auf das Mandat der Sicherheitskommission wurde nach längerer Diskussion festgestellt, daß mit der Erledigung der bisherigen Arbeiten die Aufgabe der Kommission nicht beendet sei, sondern sie auch weiterhin von der vorbereitenden Abrüstungskommission mit Untersuchungen über dem Völkerbundspakt inbezug auf die Sicherheit, die er den Völkern biete, beauftragt werden kann. Bei der Beratung des Berichts von Politis über die Völkerbundsartikel 10, 11 und 16 stritt man sich wiederum über das Maß der Sicherheit, das der Pakt biete. Ungarn setzte seinen Vorstoß zu einer Festlegung des Völkerbundes auf die Verpflichtung, die Ausführung von Schiedssprüchen zu erzwingen, fort. Alle Welt weiß, daß sich dieser Vorstoß gegen die feinerzeitige Weigerung des Rates, einen neuen Schiedsrichter im Dotantenstreit zu ernennen, richtet. Die Rüstungskommission stellte sich inbezug auf die Kontrolle der privaten Waffenherstellung entgegen einem deutschen Vorschlag auf den Standpunkt, daß die Angelegenheit für die Festsetzung eines Konferenztermins nicht reif sei und begnügte sich mit der Annahme einer allgemein gefaßten Resolution, in der die Notwendigkeit einer Veröffentlichung auch der staatlichen Kriegsmaterialproduktion betont wird.

Die technische Kommission

schloß die Generaldebatte über die Wirtschaftsarbeit des Völkerbundes ab und ernannte Loucheur zum Berichterstatter an die Versammlung. Ungarn, Oesterreich, Kanada, Indien und die Schweiz beklagten sich über die industriellen Schutzzölle, die die Agrarländer benachteiligten. Loucheur bemühte sich in seinen Schlußworten, die Befürchtungen, daß durch die Wirtschaftsarbeit des Völkerbundes die Souveränität der Staaten angetastet sei, zu zerstreuen, und versprach den Agrarländern eine stärkere Berücksichtigung. Er schloß, indem er betonte, daß die Herabsetzung der Zollkrise kaum ohne eine Regelung der Produktion durch internationale industrielle Zusammenschlüsse möglich sei. Abg. Rheinbaben erklärte als Vertreter Deutschlands zur Opiumfrage, daß Deutschland für eine Beschränkung der Opiumenquete auf Herstellung und Verbrauch von Rauchopium sei. Deutschland werde die Opiumkonvention vom Jahre 1925 ratifizieren, wenn es eine Vertretung in der im Abkommen vorgesehenen Zentralkommission erhalte.

Die kostbare Zeit der

Budgetkommission

des Völkerbundes wurde am Montag durch eine vollkommen sinnlose Fortsetzung des englisch-norwegischen Angriffs gegen den

Etat des Internationalen Arbeitsamtes

buchstäblich gestohlen. Es stand von vornherein nach der allgemeinen Debatte am Sonnabend fest, daß die beantragten Streichungen keine Mehrheit finden würden. Trotzdem griffen der englische, der indische und der norwegische Vertreter das Arbeitsamt als solches und Thomas wiederum sehr persönlich an — um zum Schluß, als über die von ihnen beantragten Streichungen abgestimmt wurde, sich der Stimme zu enthalten.

Im Auftrage der deutschen Regierung erklärte der Zentrumsabgeordnete Kaas, daß Deutschland die Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes mit großer Sympathie verfolge.

Es gelte nicht, um jeden Preis zu sparen, sondern für die bewilligten Kosten das Beste herauszuholen. Deutschland habe zu dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes das Vertrauen, daß der von ihm aufgestellte Etat den Bedürfnissen des Internationalen Arbeitsamtes entspreche und werde infolgedessen gegen die Reduktion stimmen. Polen, Tschechien, Frankreich und andere Länder wandten sich ebenfalls gegen England.

Ungeklärt blieb naturgemäß die Frage, wie weit überhaupt die Budgetkommission das Recht habe, Einzelposten des Etats des Arbeitsamtes, die vom Verwaltungsrat bewilligt sind, zu streichen.

Die Abrüstungskommission

behandelte am Montag nachmittag die deutschen Kriegsverhütungs-Vorschläge. Sie erklärte sich damit einverstanden, daß die Vorschläge als Mustervertrag der Versammlung zur Annahme empfohlen würden. England, Japan und Italien erklärten aber ausdrücklich, daß sie ihrerseits einem solchen Vertrag nicht beitreten würden. Am schärfsten war der Japaner in der Ablehnung der deutschen Kriegsverhütungs-Vorschläge, die er eine Gefahr für die Entschlußfreiheit des Völkerbundsrates nannte. Auf der anderen Seiten deutete Polen an, daß es lieber sähe, wenn die deutschen Vorschläge zu einer Garantie der gegenwärtigen Grenzen ausgebaut würden. Paul Boncour wies darauf hin, daß, wenn nicht alle oder nicht sehr viele Staaten dem deutschen Kriegsverhütungsabkommen beitreten würden, es doch eine große Propagandawirkung ausüben könnte.

Das Hilfswerk für die Armenier.

Genf, 17. September. (Eig. Drahtber.) Der Völkerbundsrat trat am Montag zu einer kurzen Sitzung zusammen, in der kleinere Fragen erledigt wurden. U. a. wurde das Statut des Internationalen Instituts für Privatrecht in Rom angenommen und Bulgarien offiziell Mitteilung von der baldigen Emission der Völkerbundsanleihe gemacht. Der Norweger Nansen klagte darüber, daß trotz seiner wiederholten Hilferufe die meisten Staaten nicht zu bewegen seien, für die Ansiedlung der vertriebenen Armenier die notwendige materielle Hilfe zu geben. Staatssekretär v. Schubert erklärte im Namen der deutschen Regierung, daß diese bereit sei, das Hilfswerk zu unterstützen, wenn die anderen Staaten ein Gleiches täten und der Völkerbund das Protektorat über die Ansiedlung übernehme. England lehnte dagegen wiederum ab, worauf auf polnischen Vorschlag entschieden wurde, die Frage der Vollversammlung zu unterbreiten.

Burgfriede in Mexiko.

Mexiko-City, 18. Sept. (Eig. Funkm.) Der Innenminister sandte Zirkulare an die Gouverneure sämtlicher Bundesstaaten und ordnete die Oeffnung sämtlicher Kirchen an, die infolge des Religionskonfliktes geschlossen worden waren. Dieser Schritt bedeutet jedoch keine Aenderung der bisherigen Regierungspolitik in der Religionsfrage, da auch weiterhin die Geistlichen zur Registrierung bei den zuständigen Behörden verpflichtet sind und die Kirchenaufsicht den Laien-Nachbar-Komitees anvertraut ist. Nichts destoweniger bedeutet die Handlung eine unzweifelhafte Versöhnungsgeste gegenüber den Katholiken und einen vorbereitenden Schritt zur Konfliktbeilegung.

Ein Freundschaftsvertrag zwischen Jugoslawien und Griechenland.

Belgrad, 18. September. (EF.) Die jugoslawische Regierung hat am Montag telegraphisch in Tirana angeordnet, daß der dortige jugoslawische Geschäftsträger bei der albanischen Regierung die Anerkennung des neuen monarchistischen Regimes erklären soll.

Aus diplomatischen Kreisen erfahren wir, daß der griechische Premierminister Venizelo in Begleitung des griechischen Außenministers Karapanos im Oktober nach Belgrad kommen werde, und bei dieser Gelegenheit einen Freundschaftsvertrag zwischen Jugoslawien und Griechenland unterzeichnet werden soll. Auch andere strittige Fragen sollen behandelt werden, wie z. B. die Saloniker-Jugoslawische Freizone. Venizelos wird vor seiner Belgrader Reise vorerst nach Rom, Genf und Paris fahren. Die Parteien werden sich sehr nach den Parlamentsferien mit der kroatischen Frage beschäftigen. Man erwartet sehr wichtige Parteikonferenzen. Es ist nicht aufgeschlossen, daß die Initiative von Belgrad ausgehen wird.

Die englischen Liberalen rüsten.

London, 17. September. (Eig. Drahtber.) Von der Auffassung ausgehend, daß die kommenden britischen Neuwahlen keiner Partei eine feste Mehrheit geben, sondern wohl zu einer ähnlichen Situation führen werden wie im Jahre 1913, hat der Führer der Liberalen Partei, Lloyd George, sich entschlossen, dem demnächst zusammentretenden liberalen Parteitage ein festes Aktionsprogramm für das Verhalten der Partei nach den Wahlen vorzulegen. Danach soll der Parteitag bereits jetzt eine Liste liberaler Mindestforderungen aufstellen und bereits jetzt in aller Form aussprechen, daß die Liberalen bereit seien, mit derjenigen Partei, konservativ oder sozialistisch, zusammenzuarbeiten, die sich verpflichtet, die liberalen Mindestforderungen in ihr Arbeits- und Regierungsprogramm aufzunehmen. Es verlautet, daß Lloyd Georges Pläne auf starken Widerstand im Kreise seiner engsten Mitarbeiter gestoßen sind.

Der australische Hafenarbeiterstreik.

London, 17. September. (Eig. Drahtber.) Aus Melburne wird gemeldet, daß in der Beilegung des australischen Hafenarbeiterstreiks eine Stockung eingetreten ist, da die Hafenarbeiter von Frematle und Brisbane in einer neuen Urabstimmung ihre Weigerung, den Schiedsspruch anzunehmen, ausgesprochen haben. Die Unternehmer haben daraufhin an die Gewerkschaften ein Schreiben gerichtet, in dem sie erklären, an der vorgesehenen gemeinsamen Aussprache nicht teilzunehmen, bis alle Arbeiter sich dem Schiedsspruch unterworfen haben.

Warum Erfolg?

Deutschnationales Geschrei um jeden Preis.

Man mag zu dem Ergebnis von Genf stehen, wie man will: mehr, als herausgeholt worden ist, war unter den obwaltenden Umständen nicht zu erreichen. Kein anderer deutscher Vertreter hätte selbst im günstigsten Falle ein besseres Ergebnis erzielt, als es Müller am Dienstag mit nach Hause bringt. Es ging in Genf nicht um ein schroffes Entweder-Oder. Eine Politik der Ultimaten und der Gesten läßt sich nicht mit dem Wesen der auf Verhandlungen beruhenden Politik der Nachkriegszeit vereinbaren. Es ist deshalb ein Rückfall in veraltete Methoden, wenn man den Abschluß der Genfer Besprechungen unter dem Gesichtspunkt eines starren Entweder-Oder beurteilen wollte. Die Erörterungen gehen weiter. Es wird endlich über die Rheinlandräumung offiziell verhandelt werden, und Deutschland wird seinen Teil dazu beitragen, daß diese Verhandlungen schnell eingeleitet und möglichst bald zu einem praktischen Ergebnis geführt werden.

Das ist doch das Wesentliche an dem Ergebnis, daß die lange erstrebten und immer wieder geforderten Verhandlungen über das Rheinlandproblem und die endgültige Lösung der Reparationsfrage nunmehr eingeleitet werden können. Trotzdem überschätzen wir den Ausgang der Genfer Verhandlungen nicht. Wir sind uns darüber klar, daß das Ergebnis nur ein Zukunftswechsel ist, aber gegenüber der Situation, in die uns der Bürgerblock außenpolitisch hineinmanövriert hat, ist dieser Erfolg nicht von der Hand zu weisen. Wahrhaft staatsmännisches Handeln verbietet die Benutzung deutschnationaler Rezepte, verbietet die Fabrikation von Katastrophen, die sich gegen die ersehnte Verständigung der Völker auswirken müssen. Mit Verhandlungen muß jeder Staatsmann rechnen, dem es auf den Erfolg und nicht auf die Geste ankommt. Gewiß, es ist richtig, daß, je mehr die Zeit vorwärts schreitet, die Mißstimmung darüber, daß immer noch deutsches Gebiet besetzt ist, stärker wird. Der Führer der deutschen Delegation, Reichskanzler Müller, hat dem in Genf offen und würdig Ausdruck verliehen, und wenn eine Partei das Recht hat, diese Enttäuschung immer und immer wieder zu betonen, dann ist es die Sozialdemokratie.

Unter diesen Umständen wirkt das Geschrei der deutschnationalen Presse über das Ergebnis der Genfer Verhandlungen außerordentlich deplaziert. Als Müller noch mitten in den Besprechungen stand und ein Ergebnis überhaupt noch nicht abzusehen war, verkündete sie, daß in Genf wieder einmal deutsche Interessen „verkauft" werden würden. Nichts ist „verkauft", nichts ist „erkauft" worden! Was läge für die deutschnationale Presse also näher, als mit dem Ausgang der Verhandlungen zufrieden zu sein? Statt dessen läuft sie wieder einmal hinter dem Wagen der deutschen Außenpolitik her und klafft mit üblich. Noch ist eine einheitliche Linie in ihrer Beurteilung der Genfer Ergebnisse nicht erkennbar. Es geht durcheinander, wie zur Zeit der Dawesabstimmung. Ein Teil verfteift sich immer noch auf die These, daß die Verhandlungen hätten abgebrochen werden müssen, nachdem sich herausgestellt habe, daß an eine sofortige Erfüllung des deutschen Räumungsverlangens nicht zu denken sei. Eine primitive politische Auffassung, die aus dieser These spricht! Sollte wirklich auch nur ein deutschnationaler Politiker den Glauben gehabt haben, daß auf Grund eines ultimativen deutschen Räumungsantrages Briand sofort mit einer höflichen Verbeugung die Zurückziehung der Besatzungstruppen angekündigt haben würde? Das wäre politischer Dilettantismus, das Gegenteil von wahrer Staatskunst.

Aus den Widersprüchen der deutschnationalen Presse — die einen reden von Bindungen, die anderen sagen, das Kabinett ist „noch frei" — leuchtet das eine deutlich hervor, daß die Deutschnationalen um der parteipolitischen Agitation willen das Ergebnis von Genf um jeden Preis zu verkleinern suchen. Aber gerade sie haben das geringste Recht, sich als große und berufene Politiker aufzuspielen. Wo sind die Leistungen der deutschen Außenreichs, Polen u. die Tschechoslowakei hinzuziehen. Neben dieser verregierung vertreten waren und deutschnationale Vertreter noch deutschen Völkerbundsgelegationen angehörten? Damals hat man nichts von einer ultimativen Räumungsforderung, nichts von einer evtl. Abreise, ja nicht einmal etwas von dem Versuch, in Genf offizielle Verhandlungen über die Räumung zustandezubringen, gehört. Die Deutschnationalen wußten, warum. Das Positive, das in Genf erreicht worden ist, wäre unter einer deutschnational beeinflußten Regierung wahrscheinlich niemals erreicht worden.

Einem sozialdemokratischen Reichskanzler blieb es vorbehalten, die Tür zu offiziellen Verhandlungen endgültig zu öffnen. Das ist ein Erfolg, den wir nicht überschätzen, den wir aber auch nicht — und am allerwenigsten von den deutschnationalen Katastrophen-Politikern — ohne Widerspruch herabsetzen lassen.

Am Dienstag Vollversammlung des Völkerbundes.

Am Dienstag vormittag tritt die Vollversammlung wieder zusammen, um die ersten Kommissionsberichte entgegenzunehmen. Man hofft, die Arbeiten spätestens bis zum 25. September beenden zu können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280919-18/fragment/page=0001

Nachhall zur Genfer Einigung.

„Beide Parteien können zufrieden sein."

Paris, 17. Sept. (Eig. Drahtm.) Der „Entrafiqeant" glaubt im Anschluß an die Genfer Einigung mitteilen zu können, daß die Sachverständigenkommission, die die Revision der Reparationsfragen und die Festsetzung der Gesamthöhe der deutschen Verpflichtungen zu regeln hat, schon sehr bald ihre Arbeiten in Paris aufnehmen werde. Gleichzeitig damit würde eine „baldige Räumung" der zweiten Rheinlandzone verfügt werden. Im übrigen gibt die Pariser Presse ihrer Verwunderung über die Aufregung Ausdruck, die die Genfer Beschlüsse in bestimmten deutschen Kreisen hervorgerufen haben. Vor allem will man es in Paris nicht verstehen, warum man dem Reichskanzler über seine Haltung in Genf Vorwürfe mache. Selbst der „Temps", der doch sicherlich einer übertriebenen Deutschfreundlichkeit nicht beschuldigt werden kann, erklärt, man müsse zugeben, daß Deutschland insofern einen großen Erfolg erreicht habe, als nun die Verhandlungen über die Rheinlandräumung offiziell eröffnet seien. Um sich über die Genfer Resultate klar zu werden, brauche man sich nur zu überlegen, von woman ausgegangen und wohin man gelangt sei. Sicherlich habe der Reichskanzler die sofortige bedingungslose Räumung nicht erreicht, aber das sei auch gar nicht möglich und denkbar gewesen. Aber er kehre nach Berlin zurück mit dem formellen Versprechen nahe bevorstehender Verhandlungen. Das sei doch sicher ein großer persönlicher Erfolg, der seine Stellung in Deutschland unbedingt stärken müsse. Die Genfer Verhandlungen hätten Deutschland nicht nur keine Enttäuschung, sondern sogar die moralische Genugtuung gebracht, die es schon lange vergeblich angestrebt habe, daß nun die Räumung wirklich offiziell behandelt werde. Natürlich habe Deutschland zugestehen müssen, daß man zugleich auch die Reparations- und die Sicherheitsfrage behandeln würde, aber der Beginn dieser Verhandlungen sei noch so unsicher, daß man ihren Ausgang nicht absehen könne. Irgendwelche Bindungen seien jedenfalls nicht übernommen worden. Dabei läßt der „Temps" deutlich durchblicken, daß Frankreich nun auch endgültig darauf verzichtet habe, das Problem der interalliierten Schulden mit der Räumung zu verknüpfen und diese gegen eventuelle Zugeständnisse bei Amerika und England einzuhandeln.

Beide Parteien können also zufrieden sein, erklärt man hier in Paris, denn Deutschland habe die Räumungsverhandlungen, Frankreich die Reparationsverhandlungen erreicht, und dabei hätten beide Parteien noch immer vollkommen freie Hand, um bei ungünstigem Verlauf der kommenden Verhandlungen zurückzutreten.

Die Nationalisten gegen Briand.

Paris, 18. Sept. (Eig. Funkm.) Die französische Regierung tritt am nächsten Donnerstag zu einem Kabinettsrat zusammen. Der „Quotidien" stellt dabei die Forderung, daß schon in dieser Sitzung die Räumung der zweiten Zone des Rheinlandes beschlossen werden müsse. Alle Welt verlange jetzt von Frankreich eine schöne Geste des Verzichtes, die die weiteren Verhandlungen wesentlich erleichtern solle. Auch die „Ere Nouvelle" fordert, daß man nun nach der negativen Arbeit, die darin bestanden habe, drohende Kriegs- und Konfliktsgefahren zu beseitigen, zu positiven Leistungen übergehe. Selbst der offiziöse „Petit Parisien" findet es angebracht, daß man von französischer Seite die Aufregung in Deutschland über die Genfer Beschlüsse, die ebenso übertrieben wie ungerechtfertigt seien, zu beruhigen suche. Pertinax dagegen erläßt im „Echo de Paris" eine wahre Anklageschrift gegen Briand. Briand habe zunächst einmal weder versucht, die Verhandlungen über die Rheinlandräumung zu vermeiden, obwohl er dies mit Unterstützung Englands gekonnt hätte, noch habe er die Bemühung gezeigt, den übersturzenden Gang der Dinge zu hemmen und wenigstens die kleinen Alliierten Frankpolitik, als die Deutschnationalen als stärkste Partei in der Reichsfehlten Taktik habe Briand auch keine sachliche politische Linie eingehalten. Er habe auf die Finanzkombination von Doiry zurückgegriffen, die heute nach der Stabilisierung desFranken für Frankreich kein großes Interesse mehr hätte und die nur noch zu einer neuen beträchtlichen Herabsetzung der Reparationsschuld für Deutschland führte. Er habe die Sicherheit Frankreichs gefährdet, indem er die Bildung jener zwischen ihm und dem sozialdemokratischen Reichstagsabgegrdn. Breitscheidt ausgeheckten Feststellungs- und Schlichtungs-Kommission zugegeben habe, vor der sich Deutschland sogar über die militärischen Anordnungen Frankreichs in Elsaß-Lothringen beschweren dürfe. Er habe sich weiter moralisch gebunden insofern, als jetzt alle Welt sofort die Räumung der zweiten Sohne erwarte und er habe endlich bei den Verhandlungen das Saargebiet vollkommen vergessen, das nach der Räumung des Rheinlandes Deutschland als Zusatzgratifikation zu allen anderen Vorteilen in den Schoß fallen werde.

Der Parteitag der Oesterreicher.

Wien, 17. September. (Eig. Drahtb.). Auf dem Parteitag der Oesterreichischen Sozialdemokratie erstattete der Parteisekretär Abg. Skaret am Sonnabend vormittag den Tätigkeitsbericht der Parteivertretung. Er verwies auf den großen Aufschwung der Partei und stellte fest, daß der 15. Juli der Partei durchaus nicht geschadet hat. Im ersten Halbjahr 1928 habe die Partei einen Zuwachs von 34 966 männlichen und 3500 weiblichen Mitgliedern, zusammen also von 38 466 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Zahl der männlichen Bevölkerung zwischen 20 und 70 Jahren betrage in Oesterreich etwa 2 Millionen; davon seien 20 Prozent sozialdemokratisch organisiert.

Dem Bericht folgte das Referat Dr. Bauers über den Mieterschutz. Er stellte fest, daß der Abbau des Mieterschutzes von der Arbeiterschaft und von der ganzen österreichischen Volkswirtschaft nicht getragen werden könne. Bauer legte dann eine Resolution vor, die in eingehender Weise die Schäden des Abbaues des Mieterschutzes enthält. Wörtlich heißt es in der Entschließung: „Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit der Bevölkerung darauf, daß die Heimwehren in den letzten Wochen immer wieder gedroht haben, die parlamentarischen Beratungen über den Mieterschutz unter ihre Gewalt zu stellen. Er stellt fest, daß sich die Heimwehren selbst damit demaskiert haben, nicht nur als faschistische Feinde des demokratischen Parlamentarismus, sondern vor allem auch als Sturmtrupp gegen den Mieterschutz. Der Parteitag macht ferner darauf aufmerksam, daß es offenbar Absicht der Heimwehren ist, gewaltsame Zusammenstöße zu provozieren, um die Aufmerksamkeit der Volksmassen von den Kämpfen um den Mieterschutz abzulenken und, falls über den Mieterschutz im Wahlkampf entschieden werden sollte, den Wahlkampf im Zeichen des Terrorgeschreies durchzuführen, und dadurch die Entscheidung des Volkes zu verfälschen. Angesichts dieser Manöver der faschistischen Söldlinge des Spekulationskapitals fordert der Parteitag die Arbeiterschaft auf, sich von den Faschisten nicht einschüchtern, aber auch nicht provozieren zu lassen!"

In der Debatte, die den ganzen Nachmittag dauerte, kam einmütig die Entschlossenheit zum Ausdruck, den Mieterschutz nicht antasten zu lassen. Dr. Renner legte dar, daß diese periodischen, jedes Jahr wiederkehrenden Kämpfe der Arbeiter, aber auch der Beamten, von der Volkswirtschaft nicht ertragen werden könnten. Der Vertreter der Wiener Neustädter Arbeiter legte dar, daß die Neustädter keine Angst vor dem Aufmarsch der Heimwehren am 7. Oktober hätten und die Drohung, daß er eine Vorprüfung für den Marsch auf Wien sei, nicht fürchteten. Da aber die Arbeiter aufs äußerste erregt seien, sei der Beschluß gefaßt worden, für den 7. Oktober einen Arbeitertag nach Wiener Neustadt einzuberufen, um für disziplinierten Protest zu sorgen.

Wien, 14. September. (Eig. Funkm.). In der Sonntagsitzung des Parteitages der österreichischen sozialdemokratischen Partei referierte Dr. Danneberg über den Kampf um die Aufgabenteilung. Er verwies darauf, daß die Regierung vornehmlich um die Wohnungsbaupolitik der Gemeinde Wien und der Industriegemeinden zu verhindern, eine neue Aufteilung der Steuereinnahme plane. Den Industriegemeinden werden dadurch 50 Millionen Schilling, darunter der Gemeinde Wien allein 23 Millionen Schilling, — das sind etwa 15 Millionen Mark — entzogen, um sie den agrarischen Ländern zu geben. Der Parteitag nahm nach einer kurzen Debatte eine Resolution an, in der dieses Attentat als ein Schlag gegen den Sozialismus bezeichnet wird.

Anschließend erstattete Eidersch, der zweite Präsident des Nationalrats, das Referat über Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung. Er beantragte eine Resolution, in der verlangt wird, daß endlich die Alters- und Invalidenversicherung, die bereits auf das Papier gesetzt ist, in die Praxis umgesetzt wird, ferner die Einbeziehung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und der Hausgehilfinnen in die Arbeitslosenversicherung. Der bisherige Parteivorstand wurde wiedergewählt.

Guter Ausklang in Wien.

Wien, 17. Sept. (Eig. Drahtm.) Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie wurde am Montag geschlossen. Die zur Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung beantragte Resolution wurde einstimmig angenommen. Verabschiedet wurde außerdem eine Entschließung, in welcher der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten aufgefordert wird, den Kampf um eine gesetzliche Regelung des Pächterschutzes energisch weiter zu führen, damit der Schutz der Pächter zu einem dauernden Bestandteil des bürgerlichen Rechts gemacht werde.

In seiner Schlußrede verwies der Vorsitzende Bürgermeister Seitz darauf, daß die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs ihre Erfolge vor allem der Einigkeit verdanke: „Es sind gerade 40 Jahre her, seitdem Viktor Adler die Einigung der damals gespaltenen, sich im Bruderkampf zerfleischenden Parteien durchführte, die dann auf dem Parteitag in Heinfeld beschlossen wurde. Die bürgerlichen Parteien versprechen sich bei jeder Diskussion und bei jedem Parteitag den Beginn einer neuen Spaltung. Wenn auch Differenzen über taktische Fragen selbstverständlich immer vorhanden sind und auch über die Einzelheiten des Mieterschutzes und der Abgabenteilung vorhanden waren, so werden diese immer, sei es vor dem Parteitag, sei es auf dem Parteitag, in brüderlicher Weise ausgeglichen, so daß die Partei immer einig und diszipliniert gegen die Gegner vorgehen kann. Auch diesmal wird die Partei einig gegen die Anschläge der Gegner vorgehen."

Die neugewählte Parteivertretung wählte nach der Beendigung des Parteitages den Bürgermeister Seitz zu ihrem Vorsitzenden. Stellvertreter wurden Tomschick und Bauer. Als Parteisekretäre wurden Skaret, Deutsch, Danneberg und Speiser gewählt.

Die „bolschewistische" Pickelhaube.
Der preußische Militarismus findet Nachahmer in der — „Roten Armee". Die Pickelhaube, unseligen Angedenkens, hat ihre Auferstehung gefunden. Sie ist Kopfbedeckung der russischen Armee.
(Der AIZ. vom November 1925 entnommen.)

Der Krach bei den Deutschnationalen.

Hannover, 17. September. Der Krach bei den hannoverschen Deutschnationalen geht weiter. Drei ausgeschlossene Freunde Lambachs, der Gauvorsteher des DHV. Ivers, Teichmann vom DHV. und Molz vom Deutschen Werkmeisterbund haben am Sonnabend eine Erklärung veröffentlicht, laut der sie auf eine Berufung gegen ihren Ausschluß verzichten. Sie begründen das damit, daß die Stadt Hannover'schen Parteiinstanzen auch nach dem verschöhnenden Spruch des obersten Parteigerichts in Sachen Lambach ihren starren dogmatischen Standpunkt, sowohl grundsätzlich als auch satzungsjuristisch aufrechterhalten. Es wäre nicht zu erwarten, daß eine größere Duldsamkeit Platz greifen werde. So könne auch keine Atmosphäre entstehen, die das in einer Parteigliederung notwendige enge Zusammenarbeiten ermögliche. Die Hannoversche Parteileitung habe sich eindeutig für Hamburg entschieden. Der erweiterte Landesvorstand des Landesverbandes Hannover-Ost der Deutschnationalen bedauert neuerdings ebenfalls in einer in Lüneburg gefaßten Entschließung, daß im Falle Lambach nicht schneller und schärfer durchgegriffen wurde. Der ebenso disziplinwidrige wie überflüssige Vorstoß dieses Abgeordneten habe von gegnerischer Seite erfreut ausgebaucht — von den Schwierigkeiten anderer Parteien abgelenkt und der nationalen Sache in kritischer Zeit schweren Schaden zugefügt. Es wird deshalb die Erwartung ausgesprochen, daß gegen eine Wiederholung solcher Vorgänge geeignete Sicherungen geschaffen werden und aus den äußeren Begleiterscheinungen des Falles die zur Neufestigung der Partei unerläßlichen organisatorischen und politischen Folgerungen gezogen werden. Die Lüneburger Tagung der Deutschnationalen ist noch insofern interessant, als auch hier der klare Wille zum Ausbruck kam, im Gegensatz zur Reichsleitung der Partei in eine scharfe Oppositionsstellung zum Staat hinzusteuern. Die Entschließung spricht sich u. a. mit außerordentlicher Schärfe gegen die Stresemann'sche Außenpolitik aus, die hoffnungslos festgefahren sei und fordert schärfsten Kampf gegen das heutige System und seine Nutznießer.

Gescheiterte Regierungsbildung in Thüringen.

Weimar, 17. September. (Eig. Drahtber.) Die wenig beneidenswerte Mission, die der Demokrat Dr. Krüger als Unterhändler für die Regierungsbildung übernommen hat, ist bis heute ergebnislos geblieben. Alle Kombinationen der bürgerlichen Blätter über die künftigen Mitglieder der Thüringer Regierung haben sich als verfrüht bzw. als falsch erwiesen. Am Montag machte Dr. Krüger dem Landtagspräsidenten die Mitteilung, daß es ihm bisher unmöglich war, die Verhandlungen über die Regierungsbildung endgültig zum Abschluß zu bringen. Eine am Montag nachmittag abgehaltene Sitzung des Unterhändlers mit den bisherigen Regierungsparteien verlief ebenfalls ergebnislos. Eine Einigung über die Personenfrage war nicht zu erzielen. Dr. Krüger machte dem Landtagspräsidenten daraufhin den Vorschlag, den Landtag nicht zu dem vorgesehenen Termin, sondern noch später als dem 20. September einzuberufen.

Das Grubenunglück bei St. Etienne.

Paris, 17. September. (Eig. Drahtber.) Die Untersuchungskommission, die die Untersuchung über das schwere Grubenunglück bei St. Etienne durchzuführen hatte, dem 48 Bergarbeiter zum Opfer gefallen sind, hat nun ihren Bericht abgeschlossen. Es ergibt sich daraus, daß mehrere Stunden vor dem Unglück ein Grubenbrand in der zweiten Söhle der Grube gemeldet worden war. Die Werksleitung ließ aber nur die bedrohte Söhle räumen. Als dann der Brand plötzlich eine starke Ausdehnung annahm, drangen die Brandgase durch die Wetterungsschächte in die erste Sohle. 48 Arbeiter, die sich nicht rechtzeitig genug retten konnten, erstickten. Der sehr vorsichtig gehaltene Bericht verzichtet darauf, die Verantwortlichkeit genau festzustellen, immerhin aber ergibt sich aus seinem ganzen Inhalt, daß die Werksleitung von schwerer Fahrlässigkeit nicht freizusprechen ist.

Das Volksbegehren. Der Reichsminister des Innern hat den kommunistischen Antrag auf Volksbegehren durch Verordnung vom 17. September stattgegeben. Die Eintragungsfrist beginnt am 3. Oktober und endet am 16. Oktober.

Der Gesetzentwurf zur Reform des niederländischen Invaliditätsgesetzes, der dieser Tage der zweiten Kammer zuging, sieht eine Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze von 1200 auf 2000 Gulden vor. Auch Lehrer des öffentlichen Unterrichts und Notstandsarbeiter unterstehen dem Gesetz.

Gewerkschaftliches.

Der Reichsmantektarif der Buchbinder verlängert. Der zwischen den Buchbindern und dem Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industriellen („Api") abgeschlossene Reichsmantelvertrag, der bis zum 31. August lief und über dessen Erneuerung dieser Tage in Berlin Parteiverhandlungen stattfanden, wurde in seiner Geltungsdauer bis zum 31. August 1929 verlängert. Wegen anderweitiger Einreihung der Orte Barmen-Elberfeld, Altenburg, Wesel, Hattingen, Koblenz, Berlinchen, Hermannsburg, Altdamm und Lammspringe in das Ortsklassenverzeichnis sollen noch weitere Verhandlungen geführt werden. Die Arbeitgeberverbände erklärten sich bereit, nach Neuabschluß von Lohntarifverträgen auf Anfrage zu empfehlen, daß da, wo über den Tariflohn hinaus für besondere Leistungen in Einzelfällen Leistungszulagen gewährt worden sind, diese auch nach der Tariferhöhung beibehalten werden. Die Parteien waren darin einig, daß bei eintretenden Stundenlohnerhöhungen auch die Akkordarbeiter eine Erhöhung ihres Verdienstes erhalten.

Ein niedliches Lumpenstückchen leistet sich die kommunistische Presse, nachdem ihre Aufputschung der Arbeitslosen gegen den Reichsarbeitsminister von der sozialdemokratischen Presse durchkreuzt worden ist. Der „Sozialdemokratische Pressedienst" hatte darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei dem „Schandstreich Wissels gegen die Erwerbslosen" um alte Klamotten handelt, das heißt um die rein formale Uebernahme einer wirklich nicht weiterschütternden Bestimmung zur Krisenunterstützung, die schon in der alten Erwerbslosenfürsorge zu finden war. Die kommunistische Presse bringt es nun fertig, dem „Soz. Pressedienst" vorzuwerfen, er habe zu dieser Bestimmung gesagt, sie sei „durchaus notwendig, um in einzelnen Fällen einzelne Arbeitslose zur stärkeren Bemühung um Arbeitssuche anzuhalten." — Was die kommunistische Presse zitiert, ist erfunden und erlogen. Nachdem wir den Moskauer Stipendiaten bereits bescheinigt haben, daß sie mit ihrem Geschwätz über die Verschlechterung der Krisenunterstützung durch den Reichsarbeitsminister Wissel eine Spitzenleistung in Ignoranz verzeichnen können, müssen wir jetzt noch hinzufügen, daß sie nicht nur in Dummheit, sondern auch in Frechheit und Verlogenheit einen Rekord aufgestellt haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280919-18/fragment/page=0002

Der Mörder im Hamburg-Bremer Zug.

Emil Hopp,

ein flüchtiger ehemaliger Maler, steht in dringendem Verdacht, den Fabrikdirektor Nordmann im Hamburg—Bremer Zug erschossen, beraubt und die Leiche aus dem fahrenden Zug geworfen zu haben. Hopp ist 30 Jahre alt, saß wegen Zughdiebstahls, Raubes und Betrugs mehrmals im Gefängnis und Zuchthaus und wird seit langer Zeit steckbrieflich wegen Betrügereien verfolgt, die er unter dem Namen „Fürst Standerberg" verübt hat.

Ein bayerischer Amtsdiener.

Das Regensburger Schöffengericht verurteilte dieser Tage den Oberamtmann Hunglinger von Burglengenfeld wegen fortgesetzter Amtsunterschlagung und eines Vergehens des einfachen Bankrotts zu 14 Monaten Gefängnis. Hunglinger war es in seiner Eigenschaft als Vorstand des Bezirksamtes Burglengenfeld und als Vorsitzender des Ausschusses der dortigen Bezirkssparkasse gelungen, unter Mißbrauch des ihm unterständigen Sparkassenverwalters die Kasse geradezu auszuplündern; 17 Prozent des gesamten Sparkassenvermögens eignete er sich für seine „Lebsucht" an. Die Gerichtsverhandlung hat in weiten Kreisen der weißblauen Ordnungszelle berechtigtes Aufsehen erregt.

Eine besondere Rolle in der Affäre spielte ein Luxusauto. Bei dem ersten Gesuch Hunglingers um Anschaffung des Autos wollte der Bezirkstag nichts davon wissen. Der Herr Oberamtmann fuhr deshalb zu seinem Minister Stützel nach München und überredete ihn unter Hinweis auf die ungünstigen Verkehrsverhältnisse in seinem Bezirk zu dem Versprechen eines Autozuschusses von 10 000 ℳ. Mit diesem Versprechen heimgekehrt, erhielt Hunglinger nun vom Bezirk das Auto, das er für 16 000 ℳ kaufte und sofort zu ausgiebigen Ausflügen nach München und ins Gebirge verwendete. Allerdings wurde dieser sogenannte Dienstwagen des „Herrgotts von Burglengenfeld" gelegentlich auch von Beamten und Aerzten des Bezirksamtes, ja sogar vom Regierungspräsidenten in Regensburg benutzt. Nach den Feststellungen des Gerichtsvorsitzenden hat die Autogeschichte Hunglingers dem bayerischen Staat in einem einzigen Jahr 35 000 ℳ gekostet.

Hunglinger, ein Notarsohn aus Passau — sein Bruder sympathisierte als Polizeioffizier in München im November 1923 so offiziell mit den Hitlerputschisten, daß er seinen Dienst quittieren mußte — verstand es allerdings, seiner Umgebung mächtig zu imponieren. Als er 1925 von Friedberg, wo er Bezirksamtmann war, als Oberamtmann nach Burglengenfeld kam, ließ er seine Bürorräumlichkeiten von einem bekonderen Architekten einrichten. Bevor er „Autobesitzer" wurde, fuhr er auf der Eisenbahn grundsätzlich nur erster Klasse. Er verkehrte auch außerhalb seines Dienstes nur mit Kommerzienräten und Fabrikdirektoren. Seine Frau, die sich weigerte, in das Provinzneest Burglengenfeld zu ziehen, hielt er in München fürstlich aus, er selbst „begnügte" sich an seinem Amtssitz mit einer Köchin, einem Dienstmädchen und einem Chauffeur. So verbrauchte der getreue Herr Staatsdiener innerhalb zweier Jahre außerhalb seinen normalen Bezügen 72 000 ℳ, die er der ihm anvertrauten Sparkasse entnahm. Beim Bankrott konnten aus der Einrichtung nur noch 17 000 ℳ gerettet werden.

Der Greis als Liebhaber. In einem Orte in der Nähe von Uelzen hatte sich ein 70jähriger Händler in ein 18jähriges Mädchen aus einem Nachbardorfe verliebt. Das Mädchen erzählte seiner Herrschaft von dem Werben des Greises. Man kam daraufhin überein, ihm eine öffentliche Blamage zuteil werden zu lassen. Eines Abends „fensterlte" der Händler; das Mädchen ließ ihn in ihre Kammer ein. Als der Liebhaber gerade seine Ueberkleider abgelegt hatte, gab das Mädchen ein verabredetes Zeichen, der Alte wurde mit großem Hallo aus der Kammer herausgeholt und in der kalten Nacht, mangelhaft bekleidet, barfuß in sein ¾ Stunden entferntes Dorf geschickt. Der alte Mann verübte unterwegs vor Scham Selbstmord. Der Hofbesitzer, in dessen Hause sich dieser rohe Spaß zugetragen hat, wurde dieser Tage vom Schöffengericht Lüneburg zu sechs Monaten Gefängnis, sein Sohn zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Fauler Zigeunerzauber. In der ungarischen Gemeinde Arokhaza hatte eine Zigeunerin Marie Sarkozi einigen Bauern gegen Bezahlung für die ausgetrockneten Felder Regen zu „zaubern" versprochen. Als ihr einmal der Zauber gelang, wurden sie von den Bauern in Scharen aufgesucht und unter Zusicherung reichen Lohnes aufgefordert, auch ihnen den Regen herbeizuholen, denn es herrschte seit Wochen große Dürre. Der Erfolg der Zauberei blieb aber aus. Man entsandte zu diesem Zweck dieser Tage eine aus 200 Bauern bestehende Abordnung nach der Polizeihauptmannschaft in Szegedin. Ein Teil der Bauern glaubt jedoch noch an die Kräfte der Zigeunerin und hält die Frau versteckt, sodaß die Szegediner Staatsanwaltschaft jetzt einen Steckbrief gegen die Sybille erlassen hat.

Veruntreuungen von 95 000 Mark sind bei dem Rheinischen Dampfkessel-Ueberwachungsverein Düsseldorf festgestellt worden. Es sollen für 75 000 Mark Vorschüsse entnommen worden sein, für die Quittungen vorliegen, aus denen aber die Verwendung des Geldes nicht hervorgeht. Weiter fehlen noch Beträge von 18 000 bis 20 000 Mark, die nicht verbucht sind. Die Unterschlagungen sind erst in der letzten Zeit begangen worden.

Mord auf Mord. An der sächsisch-böhmischen Grenze sind zwei schwere Bluttaten verübt worden, die die Grenzbevölkerung in große Erregung versetzt haben. — In Oberlichtenwalde wurde auf einer durch den Wald führenden Straße ein Mann auf seinem Fuhrwerk hinterrücks erschossen. Kurz darauf wurde bei Reichenberg ein 61jähriger Mann von zwei Männern durch Revolverschüsse getötet und beraubt. Man vermutet, daß beide Morde von denselben Verbrechern begangen worden sind. — Zwischen den Ortschaften Tempt und Wipkenhagen auf der Chaussee Rostock—Stralsund ist ein Wanderbursche ermordet aufgefunden worden, dem die Ausweispapiere geraubt waren. Die Polizei hat einen Mann festgenommen, der der Tat dringend verdächtig ist.

Radio-Tageblatt

(Eigener Funkdienst)

Verspäteter Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 18. Sept. (Eig. Funkm.) Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages wird, wie der Soz. Pressedienst meldet, erst nach Abschluß der Verhandlungen in Genf zusammentreten. Dem Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Scheidemann, ist in einer Besprechung mit dem Reichskanzler bestätigt, daß die parlamentarischen Mitglieder der deutschen Delegation in Genf den größten Wert darauf legen, an den Verhandlungen des Ausschusses teilzunehmen. Falls der Ausschuß vor Beendigung der Genfer Tagung zusammentreten sollte, würden sie zu ihrem lebhaften Bedauern Genf verlassen müssen. Da ein zwingender Grund zur Einberufung des Ausschusses vor Rückkehr der Genfer Delegation nicht vorliegt, dürfte seine Einberufung im September nicht mehr in Betracht kommen.

Absturz eines Kleinflugzeuges.

Wilhelmshaven, 18. Sept. (Eig. Funkm.) Ueber dem Flugplatz Wilhelmshaven Rüstringen stürzte am Montag abend ein mit zwei Personen besetztes Delmler-Kleinflugzeug ab. Der Pilot war zu einem Rundflug gestartet und etwa 50 m hoch, als der Motor aussetzte. Der Führer versuchte die Maschine in scharfer Kurve herumzureißen, um noch auf dem Flugplatz zu landen. Das glückte aber nur halb, denn die Maschine stürzte und der Propeller grub sich zersplitternd in die Erde ein. Durch den Aufprall brach der Rumpf in zwei Teile und außerdem wurde das Fahrgestell weggerissen. Wie durch ein Wunder blieben der Pilot und seine Mitinsassin unverletzt.

Völkische Solidarität mit Mördern.

Eisenach, 18. Sept. (Eig. Funkm.) Die sogenannte deutschvölkische Freiheitsbewegung, das Parteichen der Gräfe und Wulle, hat in Eisenach eine Tagung abgehalten. Auf dieser Tagung forderte Herr v. Oppen, der Freund der Fememörder, zur „Tatbilfe" für die deutschen Femerichter auf. — Die Herrschaften solidarisieren sich offen mit verurteilten Mördern, deren Brutalität in den Gerichtsverhandlungen den Abscheu aller anständigen Menschen hervorgerufen hat.

Vor Eingemeindungen zu Mainz.

Mainz, 18. Sept. (Eig. Funkm.) Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion der Mainzer Stadtverordnetenversammlung und der Gemeinderäte von Bretzenheim, Hechtsheim, Weisenau, Greisenheim, Budenheim, Laubenheim, Gustavsberg und Ginsheim waren am Sonnabend beim hessischen Innenminister vorstellig geworden, um eine Förderung der Bildung Groß-Mainz zu erreichen. Der hessische Innenminister sagte seine Unterstützung zu.

Italienische Spione in der Schweiz.

Bern, 18. Sept. (Eig. Funkm.) Anläßlich der Verhaftung Rossis und der Vorgänge in Camplone beschloß der schweizerische Bundesrat in Bern, eine Note an die italienische Regierung zu senden. Der offizielle Text wird erst bekanntgegeben, wenn die Note durch die Schweizer Gesandtschaft in Rom der italienischen Regierung überreicht ist. Ferner beschloß der Bundesrat die Ausweisung zweier Italiener, die in Bern der italienischen Polizei Spionagedienste leisteten.

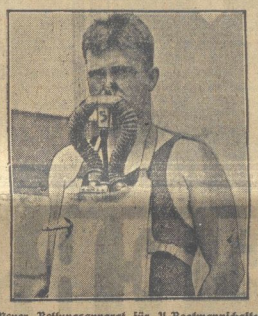
Vorarbeiten zum französischen Etat.

Paris, 18. Sept. (Eig. Funkm.) Die Finanzkommission der Kammer tritt morgen zu ihrer ersten Sitzung zusammen, um die Vorprüfung des Budgets für 1929 zu beginnen. Diese Arbeit soll bis Mitte Oktober beendet sein, damit die Mitglieder der Kommission an den Kantonalratswahlen und an den Sitzungen der Generalräte teilnehmen können. Die Kammer selbst soll in den ersten Tagen des November, wahrscheinlich am 11. November, wieder zusammentreten.

Manöver in Algerien.

Paris, 18. Sept. (Eig. Funkm.) Wie der sozialistische „Populaire" berichtet, haben neue große Manöver, diesmal in Algerien in der Nähe von Konstantine, begonnen. Unter Mißachtung einer Ministerverordnung, die vollkommene Ruhe während der heißen Tagesstunden vorschrieb, seien die Manöverhandlungen selbst über die Mittagszeit fortgesetzt mit dem Erfolg, daß man bisher 11 Todesfälle an Hitzschlag zu beklagen habe.

Zur Rettung untergegangener U-Bootmänner.



Neuer Rettungsapparat für U-Bootmannschaften.

Der amerikanische Fregattenkapitän Momsen hat einen Apparat konstruiert, der es den Mannschaften der gesunkenen Unterseeboote ermöglicht, nach Verlassen des Unglücksbootes an die Oberfläche zu kommen. Die Erfindung wurde bis zu einer Tiefe von 33 Metern ausprobiert. Unser Bild zeigt den Erfinder mit seinem Apparat.

Einbruch in die deutsche Gesandtschaft in Warschau. In der Nacht zum Montag wurde in der Deutschen Gesandtschaft ein Einbruch verübt. Der Einbrecher wurde, als er bereits den ersten Stock erreicht hatte, entdeckt und mußte fliehen. Er konnte in der Dunkelheit unerkannt entkommen. Die von der Polizei eingeleiteten Untersuchungen waren bisher erfolglos. Es liegen noch keine Anhaltspunkte dafür vor, ob es sich um einen politischen Einbruch oder um einen solchen aus persönlichen Motiven handelte.

St. Bürokratius. Der Pariser Bürger Houplin hatte bei einer Versteigerung für 16 Francs einen Regenschirm erworben, für diesen Betrag aber ohne sein Wissen den ganzen im Auktionslokal vorhandenen Bestand von 92 Schirmen erstanden. Um nicht die Aufbewahrungsgebühren bezahlen zu müssen, ließ er die Schirme in seine Wohnung fahren und bedachte seine nächsten Verwandten mit je einem Exemplar der erworbenen Ware. Es blieben noch 72 Stück über, mit denen sich der Regenschirmgrossist vor dem Gitter des Luxemburg-Gartens niederließ, um sie für den Spottpreis von 15 bis zu 100 Centime zu verschleudern. Die mißtrauischen Passanten machten die Polizei auf Houplin aufmerksam, die ihm einen Verweis wegen Verstoß gegen die Bestimmungen des Straßenhandels erteilte. Der verzweifelte Besitzer wollte nun seinen gesamten Vorrat unter einem Baum legen und verschwinden. Jetzt wurde er auf die Woche gebracht und wegen freiwilligen Wegwerfens von Gegenständen auf öffentlichen Wegen mit einer Geldstrafe belegt.

80 000 Franken unterschlagen hat ein Reisender der Mühlenprodukte A. G. Neunkirchen im Saargebiet. Der Reisende, dem auch die Einkassierung der zu zahlenden Gelder für gelieferte Mehl übertragen worden war, behielt dabei stets größere Beträge für sich; er vertuschte die Beträgereien, indem er seiner Firma erklärte, die Kundschaft zahle nur schleppend und das Geschäft gehe schlecht. Als man den Kunden Mahnungen und Kontenauszüge über rückständige Zahlungen sandte, kamen die Verfehlungen ans Licht. Der Defraudant ist flüchtig.

Zeppelinstart abermals verschoben. Der für Montag angesetzte erste Start des L. Z. „Graf Zeppelin" ist infolge der ungünstigen Wetterverhältnisse abermals verschoben worden. Ein heftiger Ostwind machte es unmöglich, das Schiff aus der Halle zu bringen. Dr. Eckener hat die unfreiwillige Pause benutzt, um noch einige technische Fragen mit dem Reichsverkehrsministerium bzw. der Versuchsanstalt für Luftfahrt zu klären und einige Versicherungsfragen zu erledigen.

Typhus in Wilhelmshaven. Im Willehad-Hospital in Wilhelmshaven-Rüstringen ist im Verlauf der letzten Woche Typhus festgestellt worden. Die Krankheit wurde von einem von der Insel Wangerooge herübergebrachten Patienten eingeschleppt und auf die Insassen eines großen Krankensaals übertragen. In Behandlung befinden sich vier Typhuskranke und mehrere Typhusverdächtige.

Auf dem Schießstand erschossen. Auf dem Schießstand in Watenscheid wurde der Invalide Wilhelm Becker, als er aus der Deckung lugte, von einem Mitglied des Schützenvereins durch einen Schuß in den Kopf auf der Stelle getötet.

Zwei Familien-Tragödien. In Berlin haben sich zwei blutige Familientragödien abgespielt. In einem Hause am Michaelkirchplatz hat der Obertelegraphensekretär Wilhelm Engels seine Frau erschossen und seine Schwägerin und seine Tochter zu erschießen versucht. Nachdem er schon wiederholt die Absicht geäußert hatte, das Haus zu verlassen, brach wegen einer geringfügigen Ursache Streit aus. Engel zog den Revolver, schoß seine Frau nieder und verletzte die zu Besuch gekommene Schwester der Frau durch drei Schüsse schwer. Nachdem er noch drei Schüsse auf seine herbeigeeilte Tochter abgegeben hatte, tötete er sich selbst. — Ein anderes Drama hat sich in der Drossenerstraße in Hohenschönhausen abgespielt. Der Polier Franz Willnat kam betrunken nach Hause und begann Streit. Er drohte seiner Frau, sie mit dem Beil zu erschlagen, worauf sie durch das Küchenfenster in den Garten floh und bei ihrer im gleichen Hause wohnenden verheirateten Tochter Zuflucht suchte. Willnat schlug mit dem Beil die Küchentür ein und bedrohte seine Tochter und seinen Schwiegersohn, die ins Schlafzimmer geflüchtet waren. W. wollte die Schlafzimmertür einschlagen. Der Schwiegersohn gab in der Notwehr zwei Schüsse ab, die Willnat trafen. Er schlug aber doch die Tür in Trümmer. Als er in das Schlafzimmer eindringen wollte, gab sein Schwiegersohn den dritten Schuß ab, der ihn ins Herz traf und tötete. Der Schwiegersohn wurde vorläufig polizeilich festgenommen.

100 Fischer ertrunken. Ein Taifun im Jangtse-Tal hat zahlreiche Fischerboote zum Sinken gebracht. 100 Fischer sind ertrunken. Die großen Dampfer mußten im Hafen liegen bleiben. Auch die anderen Verbindungen waren tagelang unterbrochen.

Mit dem Motorrad gegen einen Baum. In der Nähe von Adorf fuhren, wie aus Leipzig berichtet wird, der 20jährige Packer Biedermann und der 22jährige Kurt Wild in der Dunkelheit mit einem Motorrad gegen einen Baum. Sie erlitten beide Schädelbrüche und waren sofort tot.

Verhaftete Kokainschmuggler. Die Schweizer Polizei glaubt, in Lugano einer weitverzweigten Kokainschmugglerbande auf die Spur gekommen zu sein. Der Verhaftung eines Kaufmannes in Lugano folgten zwei weitere Verhaftungen in Bellinzona und Locarno. Auch in Basel, Bern und Freiburg sollen Agenten der Bande tätig sein. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Als Herkunftsland des Kokains wird Deutschland bezeichnet. Von dort ist es angeblich in die Schweiz geschmuggelt worden, um dann auf neuen Schleichwegen den italienischen Abnehmern zugeführt zu werden.

Wildwest in Berlin. In der Oderstraße in Berlin-Schöneberg wurde ein junger Mann beim nächtlichen Heimgang von zwei Burschen angefallen. Sie versuchten, ihm die Aktentasche zu entreißen. Als der Ueberfallene sich zur Wehr setzte, stieß einer der Banditen mit einem Messer auf ihn ein. Dann flüchteten die Räuber; sie wurden jedoch von mehreren Passanten gestellt. In dem entstehenden Handgemenge verletzten die Räuber drei der Verfolger durch Messerstiche an Kopf und Rücken. Auf der weiteren Flucht brach einer der Verbrecher erschöpft zusammen; als sein Komplize stehen blieb und wieder das Messer mit dem Gummiknüppel aus der Hand schlug, unschädlich gemacht. Es handelt sich bei den Tätern um den 23jährigen Willy Rieger und den 25 Jahre alten Gregor Pohl aus Berlin. — In Alt-Friedrichsfelde bei Berlin wurde der 49 Jahre alte Maurer Julius Seidel gegen 1 Uhr morgens blutüberströmt und besinnungslos in der Nähe seiner Wohnung auf dem Bürgersteig aufgefunden. Er ist das Opfer einer Verwechslung geworden. Zwei ihm unbekannte Männer hatten ihn angefallen und mit einem stumpfen Gegenstand zu Boden geschlagen. Als die Rowdies erkannten, daß sie den „Falschen" erwischt hatten, ließen sie ihr Opfer liegen und liefen davon.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280919-18/fragment/page=0003

Bald ist's so weit!

Bald wird der Erweiterungsbau unseres Hauses beendet sein. Für die Rücksichtnahme auf die Schwierigkeiten während des Umbaues und die dennoch nicht wankelmütige Treue wissen wir unserer Kundschaft Dank. Er wird seinen besten Ausdruck finden in der Erfüllung des Leitspruches, den wir dem Umbau vorausgestellt haben:

Im vergrösserten Haus vergrösserte Leistung!

In wenigen Tagen schon werden wir Näheres über die Erweiterung unserer Abteilungen und die Neueinrichtungen sagen können, die geschaffen wurden und die unseren Ruf, die beste Einkaufsstätte zu sein, noch befestigen werden. Bis dahin bleiben wir bemüht, auch unter den außerordentlichen Umständen, unsere Kundschaft zufriedenstellend zu bedienen, trotzalledem ein Leichtes, angesichts unserer

vorbildlichen Qualitäten und hervorragend billigen Preise!

Für unsere weiteren Mitteilungen über die Eröffnung des Umbaues erbitten wir jetzt schon Ihr Interesse.

RUDOLF WEIL & CO. BERLIN W 8

ADOLF EBSTEIN

Das Haus der guten Qualitäten und der niedrigen Preise

Arbeitsplan für das Winterhalbjahr 1928-29.

Kurzschule	Zeit	Montag	Mittwoch	Donnerstag
S 26	20—21,30	120 Silben und mehr Redeschriftkursus	Staffelübungen	60—80 Silben 80—100 „
S 28	20—21,30	Fortbildungslehrgang für Herren	Fortbildungslehrgang für Damen	40—60 Silben

Unser neuer Anfängerlehrgang beginnt am 9. Oktober 1928. Anmeldungen erbeten an Lehrer Meyer. Bismarckstraße 47L

Verein für Einheitskurzschrift, Halberstadt.

WARTBURG

Jeden Mittwoch und Sonntag, nachmittags 3½ Uhr:

Künstler-Konzert

Persönl. Leitung Herr Kapellmeister **Göricke**

Eintritt frei. Eintritt frei

Schönherr-Konzerte

Donnerstag, d. 20. Sept., 20 Uhr, „Kl. Stadtparksaal"

1. Abonnementskonzert: Violin- u. Klavierabend

Klavier **ROONFELT** Felix | Violine **WEISMANN** Dietz

Begleitung: Waldemar Freiherr von Vultée.

Den Bechstein-Konzertflügel stellt C. Bechstein, Berlin, Haus am Zoo

Einzelpreise: RM. 3,60, 2,40, 1,60, Schüler 1,10.
Vorverkauf: Buchhandlung R. Schönherr.

Internationale Konzert-Betriebs-Gesellschaft m. b. H. Berlin W. 62

Gummi-Stempel

Metallstempel, Brennstempel, Signier-Stempel, -Schablonen, -Farbe etc.
Emaille-, Messingschilder aller Art
Max Kuyan, Stempel-Fabrik
55 Walter Rathenaustraße 55

Stadtpark (Groß. Saal)

Donnerstag, 20. und Freitag, 21. Sept., abends 8¼ Uhr:

Original-Leipziger-Sänger

Direktion: Paul Belzer, Leipzig

Streng dezentes Familien-Programm — Neue urkomische Possen, Duette und Solovorträge — Sächsischer Humor

Vorverkauf: Verkehrsbüro Rummert, Fischmarkt. Sperrsitz 1.25, I. Platz 1.00, Saalplatz 0.75, Galerie 0.50 Mk.

An der Abendkasse kleinen Aufschlag

Weder neue, billige Reparatur schnell.
Laubinger, Bakenstr. 20

Lebend stets zu haben:
Tauben, Brathähnchen
Suppenhühner.
Enten und Gänse
auf vorherige Bestellung
Ludewig, Schuhstr. 21
Telephon 1134.

Von der Reise zurück!

Dr. Myckert

Sternwarte

Jeden Mittwoch:

Künstler-Konzert

Anfang 3½ Uhr. Eintritt frei.

ELYSIUM.

Freitag, den 21. September, abds. 8 Uhr

2. Konzert-, Lieder- und Theaterabend

ausgeführt vom Männer-Gesangverein Sängerheim
Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes
und dem Arbeiter-Theaterverein, Ortsgr. Halberstadt.
Hierzu werden Gäste freundlichst eingeladen

Der Vorstand.

Achtung! Eier Achtung!

Alles staunt und wundert
Ueber den Stand Nr. 100
Inhaber: M. Busse
In Wasserieber Landwurst, Korb-Käse, stets frische Eier und Molkereibutter.
Großverbraucher Vorzugspreise.

Offeriere täglich frisch eintreffend prima großfallende

Herbst-Pflaumen

Paul Uebel, Babuhofstraße.

Gurkenschalen

hat abzugeben

C. Mehler

Verkaufszeit täglich 1—6 Uhr.

Geschäfts-Eröffnung

Gestatte mir hierdurch dem geehrten Publikum, Freunden und Bekannten mitzuteilen, daß ich **Schuhstraße 13** ein

Friseur-Geschäft

eröffnet habe und bitte um gütige Unterstützung.

Hochachtungsvoll

Willi Hermann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280919-18/fragment/page=0004

Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 220. Mittwoch, 19. September 1928. 3. Jahrgang.

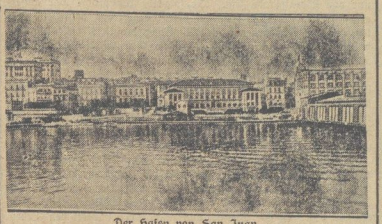
Der Tornado auf den Antillen.

Der furchtbare Wirbelsturm über Mittelamerika hat auf seinem Schreckenswege die Küste von Florida erreicht und hier Verwüstungen angerichtet, die die Wirbelsturmkatastrophe im Jahre 1926 noch übertreffen. Der Orkan sauste mit einer Geschwindigkeit von 140 Kilometern in der Stunde vom Nachmittag bis zum Abend dahin und suchte ein Gebiet im Umfang von 150 Kilometern heim. Große Teile Floridas sind vernichtet worden. Die Verbindungen mit Miani und Palmbeach sind unterbrochen, sodaß die Zahl der Todesopfer und die Höhe des Sachschadens vorläufig noch unbekannt sind.

In Portorico, das völlig in Trümmern gelegt ist, sind bereits 253 Tote geborgen worden. Man schätzt die Gesamtzahl der Todesopfer zwischen 1000 und 2000; der Sachschaden soll ungefähr 100 Millionen Dollar betragen. 300 000 Menschen sind obdachlos. Ganze Ortschaften sind verschwunden. Die Regierung in Washington hat für das verwüstete Portorico eine großzügige Hilfsaktion eingeleitet, für die das Rote Kreuz bereits 50 000 Dollar bewilligt hat. Die hungernde Bevölkerung hat sich an einzelnen Stellen zusammengerottet, um die Lebensmittellager und die Geschäfte zu plündern, da die Händler die Lebensmittel nur gegen Wucherpreise abliefern wollen. Die Regierung hat den Belagerungszustand über die Insel verhängt und große Rettungskolonnen entsandt.

Die Karte des Unglücksgebietes.

Zwei gewaltige Wirbelstürme verbreiteten sich quer über die weiten Gebiete von Dakota, Nebraska und Illinois, haben ganze Stadtteile in Trümmer gelegt, u. a. allein in Nebraska vier Schulen vernichtet, viele hundert Menschen getötet, und tausende verletzt. — Auch im mexikanischen Golf tobte ein Orkan und hat an der Küste und auf den Inseln zurzeit unübersehbaren Schaden angerichtet.



Der Hafen von San Juan

auf Portorico wurde vom Wirbelsturm schwer heimgesucht.

Die Universität von Portorico ist dem tobenden Tornado zum Opfer gefallen.

Der im Mexikanischen Golf wütende Tornado hat auf den Inseln entsetzliche Zerstörungen angerichtet. Vor allem hat die befestigte Hafen- und Hauptstadt San Juan auf Portorico, ein Ort mit mehr als 70 000 Einwohnern, ungeheuren Schaden erlitten. Die ersten Berichte sprechen von mehr als tausend Toten.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, den 18. September.

Was kosten die Landstraßen?

In zweijähriger mühevoller Arbeit haben die Landstraßen-Unterhaltspflichtigen soeben ihre langfristigen Pläne betreffend den Umbau der Landstraßen für den Automobilverkehr fertiggestellt. Dies sind nicht nur die deutschen Staatsstraßen- und die preußischen Provinzial-Verwaltungen, sondern auch die preußischen Landkreise. Durch Vermittlung des Preußischen Landkreistages haben sie in der Zusammenfassung seiner Unterverbände für jede Provinz Umbau-Programme aufgestellt. So läßt sich nunmehr für ganz Deutschland genau feststellen, wie groß der Bedarf an Geldmitteln für diese Aufgabe ist. Es war bisher unbekannt, und man war auf Schätzungen angewiesen. Um die Gesamtsumme für ganz Deutschland gleich zu nennen, sei mitgeteilt, daß sie sich auf 4,8 bis 5 Milliarden Mark beläuft. Hierzu werden noch weitere große Erhöhungen hinzutreten, die von dem Tempo abhängen, in dem man Begradigungen vornehmen und Umgehungsstraßen anlegen kann. Die Aufbringung dieser Beträge im Laufe der nächsten Jahre ist leider nicht zu vermeiden, weil sonst die Versperrung der Straßenfahrbahn hinter der Zunahme des Automobilverkehrs noch weiter zurückbliebe. Das wäre gleichbedeutend mit der Verschwendung eines Teiles der Straßenunterhaltungskosten und von Automobil-Betriebs- und Kapitals-Kosten!

Das Programm der preußischen Landkreise, das soeben dem zuständigen Ministerium überreicht worden ist, umfaßt rund 40 000 km Umbaustrecken. Das Verhältnis der schweren zur mittelschweren und zur leichten Bauweise ist 12:24:64. Da die preußischen Landkreisstraßen zwei Drittel aller preußischen Landstraßen betragen, ist es verständlich, daß die Kosten des Umbaues in die Milliarden gehen, obwohl nur ein kleinerer Teil in schwerer und mittelschwerer Bauweise auszuführen ist. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 1250 Millionen Mark, wovon 990 Millionen auf Umbauten und 260 Millionen auf Neubauten entfallen. Für Verbreiterungen sollen rund 10 Prozent der Gesamtsumme verwandt werden.

Das Programm ist für jede Provinz auch kartenmäßig dargestellt. An der Farbenunterscheidung kann man erkennen, welche Strecken in schwerer, mittelschwerer oder leichter Bauweise endgültig hergestellt werden sollen. Das Programm hat seinen Wert ferner darin, daß die Straßenbauverwaltungen genötigt waren, untereinander darüber Fühlung zu nehmen, welche Straßen im Laufe der Jahre bevorzugt ausgebaut werden sollen.

Nur auf diese Weise kann den Bedürfnissen des Verkehrs genügt werden, und es kommt darauf an, die bisher aus der Kraftfahrzeugsteuer fließenden Zuschüsse zu den allgemeinen Steuern der Wegebaupflichtigen zu vermehren und vor allen Dingen Anleihen, auch Auslandsanleihen zuzulassen. Dies sind Forderungen, die auf der Tagung des Deutschen Landkreistages am 6. September in Rostock zur Erörterung kamen.

---

* **Für Reisende nach Italien.** Amtlich wird mitgeteilt: Zwischen der deutschen und der italienischen Regierung ist, mit Wirkung vom 15. September d. Js. die Aufhebung des Sichtvermerkzwanges für die beiderseitigen Staatsangehörigen vereinbart worden. Durch diese Vereinbarung, die den Sichtvermerkzwang übrigens nicht für die Einreise in die italienischen Kolonien aufhebt, werden die zum Schutze des beiderseitigen Arbeitsmarktes gegen Ueberlastung mit ausländischen Arbeitskräften erlassenen Bestimmungen nicht berührt. Für deutsche Arbeiter und Angestellte empfiehlt es sich daher, zur Vermeidung unliebsamer Enttäuschungen stets vor einer Reise nach Italien bei dem zuständigen italienischen Konsulat eine Arbeitsgenehmigung (Zusicherung der Bewilligung zum Stellenantritt) einzuholen. Die Aufhebung des Sichtvermerkzwanges bedeutet in keinem Falle auch die Beseitigung des Paßzwanges. Die Mitführung eines Reisepasses ist bei Auslandsreisen unerläßlich. Reisende ohne Paß müssen nach den geltenden Vorschriften an der Grenze zurückgewiesen werden.

* **Landeseisenbahnratssitzung in Halle a. S.** Der Landeseisenbahnrat Magdeburg für die Reichsbahndirektionsbezirke Halle (Saale) und Magdeburg hielt am 14. September unter dem Vorsitz des Reichsbahndirektionspräsidenten Friese in Halle (Saale) im Sitzungssaale der Industrie- und Handelskammer seine 9. ordentliche Sitzung ab. In dieser wurden Tarif-, Beförderungs-, Wagengestellungs- und Fahrplanangelegenheiten erörtert und verschiedene Wünsche aus Mitgliederkreisen über Tarif- und Fahrplanverbesserungen entgegengenommen. Im Vordergrunde der Erörterungen standen die am 1. Oktober 1928 in Kraft tretenden internationalen Uebereinkommen über den Personen-, Gepäck- und Eisenbahnfrachtverkehr sowie die Deutsche Eisenbahnverkehrsordnung, ferner die im Güter- und Tierverkehr am gleichen Tage und im Personenverkehr am 7. Oktober 1928 in Kraft tretenden Tariferhöhungen und die von Ihnen nicht betroffenen Reisen und Frachtgüter.

Frau Spatz und ihre Töchter.

Roman von Else Rema.

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle a. d. S.

6. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

An diesem Abend entschied sich das Schicksal von Fräulein Marianne Spatz. Mit anderen Worten: ein junger Mann verliebte sich in sie, sie nicht in ihn, wie betont werden muß.

Gleich, als sie den Saal betraten, senkten sich die Augen der tanzenden Männerwelt auf die reizenden Gestalten, ihre Ballkarten füllten sich sofort, Miezes Karte ein wenig schneller als die ihrer Schwester Luise, die ihr hoheitsvollste Miene aufgesetzt hatte, und ein wenig hochmütig um sich blickte. Ihre Zöpfe glänzten wie gesponnenes Gold, eine Gesichtshaut hatte sie, wie eine Aristokratin, zart und fein, und so war auch ihr schlanker Wuchs. Die brünette Mieze, der die Lebenslust aus den Augen lachte, und die bei den Klängen der Tanzmusik ihr Vorurteil gegen den Kellnerstand vergaß, war mehr für den Geschmack der großen Menge als Luise, deren Wesen leicht einschüchterte.

Adolf Spatz tanzte selbstverständlich nicht, das verbot erstens seine Würde, und dann sein schmerzender Fuß, aber er machte sich seinen Damen nach besten Kräften nützlich, indem er ihre Sträußchen aufbewahrte, ihre Fächer hielt, und für Kaffee und Kuchen sorgte.

Johanna Spatz tanzte wie ein junges Mädchen, sie flog von einem Arm zum anderen, sie war plötzlich wieder jung und hoffnungsfroh geworden. Sie vergaß, daß sie Ballmutter zweier erwachsener Töchter war, sie sah aus, wie ihre ältere Schwester, besonders nachdem sich im Tanz der Aufbau der Friseuse etwas gelockert hatte, und Frau Spatz sich selbst wieder ähnlich geworden war. Sie wurde sogar von mehreren anwesenden Hotelbesitzern wiederholt engagiert.

Mit sich selbst beschäftigt, wurde sie es nicht gewahr, daß ein fast aussehender junger Mann beständig um Mieze herumflitzte. Bald mit ihr tanzte, bald mit ihr promenierte, bald neben ihr am Tisch saß, den Herr Spatz bewachte.

„Der nächste Walzer gehört mir, nicht wahr?"

Mieze sah ihr Gegenüber kokett an.

„Wir haben ja immerzu zusammen getanzt", zierte sie sich, „was sollen denn die anderen von uns denken?"

„Was sie Lust haben", antwortete er übermütig.

Schade, daß dieser Herr Lewald auch nur ein Kellner war, dachte Mieze in diesem Augenblick, er hatte ein so wunderhübsches schwarzes Schnurrbärtchen und einen so treuherzigen Blick.

Dann chassierten sie hinweg, und Adolf Spatz sah dem Paar wohlgefällig nach. Denn er ahnte nicht, daß der junge Mann mit den treuherzigen, klugen, schwarzen Augen einer war, der gar seltsame Träume träumte.

„Können wir uns denn nicht einmal wiedersehen", fragte er in einer Tanzpause, „wo wohnen Sie denn, Fräulein Spatz?"

„Im Westen", machte sie mit einer vornehmen Miene, „auf der Bamberger Straße".

„Sie kommen doch gewiß manchmal in die Stadt herein?"

„Selten", sagte Mieze, denn es galt für fein in ihren Augen, sich ein bißchen rar zu machen.

„Besuchen Sie nicht das Kino?"

„Sehr oft sogar."

„Nun also . . ."

„Wenn es Mutter erlaubt . . ."

Als die Familie beisammen am Tisch saß, und Kaffee trank, während allerlei Vorträge aus dem Gasthausleben die Anwesenden belustigten, wurde Fritz Lewald seiner künftigen Schwiegermutter und Schwägerin vorgestellt.

„Besuchen Sie uns doch einmal zum Butterbrot", sagte Frau Spatz. „Sie fahren mit der Dreiundzwanzig, und steigen dicht vor unserem Hause ab", denn Fritz Lewald hatte soeben erzählt, daß er in der Nähe des Dönhoffplatzes wohnte.

Am nächsten Tage, der diesem Balladend folgte, trat auch ein Wendepunkt im Leben des reizenden Fräuleins Luise Spatz ein.

Eine Portiersfrau aus der Nachbarschaft war es, die als Parze fungierte.

* * *

Seit einem halben Jahre stand die Hälfte der ersten Etage einer Wohnung mit allem modernen Komfort auf der Bamberger Straße leer. Sie umfaßte vier Zimmer, Küche und Bad, und war im Wohnungsanzeiger tagtäglich angeboten. Es kamen eine Menge Schaulustige, aber dem einen waren die Zimmerdecken zu niedrig und der Mietpreis zu hoch. Verschiedene junge Frauen wollten mit ihren Männern sprechen, und kamen nie wieder. Eine Witwe wollte aftervermieten, und das erlaubte der Wirt nicht. Ein anderes Mal störte es, daß nur im Salon Parkettfußboden war, und das nächste Mal wurde gerade dieser als unpraktisch beanstandet. Auch gab es Hausfrauen, die die Küche zu klein fanden, und Ehemänner, die die Diele heller wünschten. Kurzum, die Portiersfrau hatte es satt, überhaupt noch Reflektanten herumzuführen, denn sie zerriß sich mehr Schuhsohlen, als das Geschäft einbrachte. Das wollte viel sagen, denn ihr Mann war Schuhmacher, und sie hatte die Sohlen zum Selbstkostenpreise.

Eines Tages aber klappte die Geschichte. Zwei Damen waren erschienen, die die Wohnung sehr eingehend musterten, dann kamen sie noch einmal mit einem Zentimetermaß wieder, und sprachen von ihrem Neffen, der die Wohnung auch noch besichtigen müßte, dann noch einmal mit seinen Tanten, und endlich mieteten sie die Wohnung, indem die Portiersfrau von dem Herrn Doktor ein sehr anständiges Trinkgeld erhielt.

Sie nahm das Vermietplakat befriedigt von der Fassade des Hauses fort und begab sich in den Laden der Frau Spatz, erstlich einmal, weil sie Suppengrün und Kohl brauchte, und dann, weil sie sich sehnte, die Geschichte von der Vermietung der Wohnung bekanntzugeben.

Es war um zehn Uhr morgens, und eigentlich hatten die diversen Hausangestellten Eile, nach Hause zurückzukehren, denn die Zimmer räumten sich leider nicht von selber auf, und das Essen konnte man auch noch nicht auf automatischem Wege herstellen. Aber die Geschichte, die die Portiersfrau erzählte, war zu interessant, als daß man sie sich hätte entgehen lassen wollen.

Also ein Zahnarzt kam auf die Bamberger Straße? Das war aber auch höchste Zeit; es hatte dringend einer gefehlt. Ein junger unverheirateter? Die Portiersfrau wußte es nicht genau zu sagen. Zwei Tanten hatte der Herr Doktor in jedem Falle, unter deren Pantoffel er sichtlich stand. Aber die Tanten kämen nicht in die Wohnung. Nur der Neffe besehe sie.

„Ist er hübsch?"

„Ein sehr netter, junger Mann."

Verschiedene Stubenmädchen in hellen Kleidern, deren Röcke rauschten, weil sie so steif gestärkt waren, weiße Häubchen auf den kokett frisierten Köpfen, entdeckten in diesem Moment, indem sie mit der, ach, gelegentlich so spitzen Zunge im Munde herumsuchten, daß sie hohle Zähne hatten.

Eine junge Stütze summte den Coupletschlager „Onkel und Tante, das sind ja Verwandte, die sieht man nicht von hinten an", und ein brausendes Gelächter lohnte ihren witzigen Einfall.

Die Portiersfrau zeigte sich in der Folge unerschöpflich in Mitteilungen aus den Personalien ihres neuen Mieters und seiner Tanten. Es waren die Schwestern seines verstorbenen Vaters, die von einem Onkel aus Amerika so viel geerbt hatten, daß sie sorglos

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280919-18/fragment/page=0005

Herr F. W. Forker, der Ministerstürzer.

Wernigerode hat seine Sensation! — Der bisherige „Erste Schriftleiter" des hiesigen „Tageblattes", Herr F. W. Forker, der noch vor gar nicht langer Zeit Vorsitzender der hiesigen freigewerkschaftlichen Ortsgruppe des deutschen Musiker-Verbandes war, hat in den letzten Tagen seinem Herrn und Meister, dem pensionierten Amtsgerichtsrat Dr. Beinert alle Ehre gemacht. Mit einem wahren Bienenfleiße hat er Artikel verzapft, die uns an seine frühere Glanzepoche in der „Wernigeröder Zeitung" erinnern. Damals galt sein Kampf dem neuernannten Innenminister Severing, während er sich heute in ellenlangen Artikeln bemüht, den Reichskanzler Müller zu stürzen. Sein Kampf gegen Severing und die dabei geübten skrupellosen Methoden endeten damit, daß er ging. Was ihm damals mit der „Wernigeröder Zeitung" nicht gelang, versucht er jetzt mit dem Weltblatt „Wernigeröder Tageblatt", daß er, unter Assistenz von Herrn Dr. Beinert, zu ungeahnter Höhe der Auflagenziffer führen sollte. Man muß schon sagen, daß der Verlag des „Wernigeröder Tageblatts" den richtigen „Riecher" hatte, als er sich Herrn F. W. Forker zum Ritter St. Georg auserkürte, um die hiesige sozialdemokratische Parteibewegung zu stürzen. Anfänglich schien es, als ob es ein Versager wäre, vielleicht ist es auch möglich, daß Herr F. sich erst wieder in die „neue Richtung" einarbeiten mußte. Jedenfalls muß konstatiert werden, daß er erst in letzter Zeit wieder wild geworden ist. Ob das auf eigene Initiative, oder aber auf sanften Druck vom Herrn Dr. Beinert zurückzuführen ist, können wir im Augenblick nicht konstatieren. Wir sehen uns jetzt gezwungen, uns öfter wieder mit ihm auseinander zu setzen. Wir wollen nicht hoffen, daß die Laufbahn des Herrn F. im Tageblatt schon wieder beendet ist. Es wäre doch eine Ironie des Schicksals, wenn eine so hoffnungsfroh ins Leben gerufene Kampagne so bald erlöschen würde. Sollte es sich aber bewahrheiten, dann hat Herr F. W. Forker, trotz seiner ungewöhnlichen politischen Wandlungsfähigkeit, wieder einmal eine Enttäuschung in der Deutschnationalen Partei erlebt. Vielleicht erleben wir es noch, daß er die Mitwelt mit „Gedanken und Erinnerungen" aus der Deutschnationalen Partei beglückt. Eine über muß noch gesagt werden, es ist jammerschade, daß Befähigungen, wie sie Herr F. W. Forker besitzt, in einer konservativen Partei nie zur Entfaltung kommen können. Deshalb ist anzunehmen, daß der nächste Kurswechsel eine entgegengesetzte Richtung einschlagen wird. Dies dürfte auf das hiesige Tageblatt ebenfalls zutreffen. Dann wird auch der neue Reichskanzler, der im Gegensatz zu den Unkenrufen des Tageblattes in Genf zweifellos einen Erfolg zu buchen hat, im Amte bleiben dürfen. Einigermaßen gespannt kann man nun auf die fernere politische Entwicklung des „Wernigeröder Tageblattes" sein, da es „neue Richtungen" bald nicht mehr für dasselbe geben dürfte. —

— **Acht Ferientage im Harz,** veranstalten die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Direktion Stettin unter Mitwirkung der Städte Wernigerode, Goslar, Halberstadt und Thale. Das Standquartier für die ganze Tour, die dann sich auf die gesamte Umgebung ausdehnt, ist Wernigerode. Die Ankunft für hier ist am Sonntag, den 30. September, und als Rückfahrtstag ist der 7. Oktober festgesetzt. Das Programm enthält genaue Angaben über die Veranstaltungen der einzelnen Tage. Die R. V. D. Stettin hat schon verschiedentlich solche Fahrten nach hier veranstaltet, die bisher immer zur vollsten Zufriedenheit der Teilnehmer ausgefallen sind.

— **Konten- sowie Einlagenbestand bei der Sparkasse** per 31. 8. 1928: Sparkonten 5233 (5130) Mk. 2 743 072.40 (2 638 508.06), Girokonten 675 (669) Mk. 445 420.12 (407 838.83), Schulsparkonten 581 (565) Mk. 8 337.71 (7 978.80). Die in Klammern stehenden Zahlen geben den Bestand Ende v. Mts. an.

— **Zentralverband der Arbeitsinvaliden.** In der am Sonntag nachmittag abgehaltenen Mitgliederversammlung im Monopol teilte der Vorsitzende mit, daß im August ein Rechtskursus stattgefunden habe, der von der Ortsgruppe mit 3 Mitgliedern besucht wurde und daß in Redebeder demnächst eine Ortsgruppe gegründet wird. Nach Mitteilung verschiedener Eingänge sprach der Vorsitzende über die Erhöhung der Renten. Während in vielen Gemeinden die Erhöhung auf die Richtsätze angerechnet wurde, ist im Bezirks-Fürsorgeverband Wernigerode diese Anrechnung unterblieben. Der von der sozialdemokratischen Fraktion des Kreistages beantragten Erhöhung der Richtsätze, hat der Kreisausschuß nach einer Beiratssitzung nunmehr grundsätzlich zugestimmt. Auch an der Frage des anrechnungsfreien Satzes ist eine Uebereinstimmung erzielt worden. — In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Mittel für die Richtsätze von dem Kreis und den Kommunen aufgebracht werden und zwar 70 Prozent vom Kreis und 30 Prozent von den Kommunen. Bedauerlich sei, daß der Rentnerbund bisher keinerlei Anträge auf Erhöhung der Richtsätze gestellt habe. In der Wohnung des Gen. Finger, Halberstädterstraße, ist täglich in der Zeit von 4.30 Uhr ab Sprechzeit. Alle Mitglieder erhalten hier Rat. Dann warnte der Vorsitzende vor Aufstellung eigener Listen bei der Stadtverordnetenwahl. Der Arbeitsinvalide stehe nur zu der Partei, die tatsächlich nicht nur Agitationsreden für unsere Mitglieder hält, sondern auch eintritt, das ist einzig die sozialdemokratische Partei. Zum Kreistag solle die Organisation mit einem Mandat berücksichtigt werden. Im Punkt Verschiedenes wird über die Sterbekasse einige Aufklärung gegeben. Besonders auf das Gebaren des „Herold" wurde kritisch hingewiesen. Die Sterbekasse des Verbandes steht auf gesunden Füßen. In der Kohlenfrage wurde mitgeteilt, sich mit dem Händler Curts, Große Ziegelstraße, und Oberländer, Kleine Ziegelstraße, in Verbindung zu setzen. Zu Ehren eines verstorbenen Mitgliedes erhebt sich die Versammlung von ihren Plätzen.

— **Funktionärsitzung der SPD.** Eine von der SPD einberufene große Funktionärsitzung tagte am Montag abend im Monopol. Der Gauleiter des Zentralverbandes der Steinarbeiter Gen. Schlegel sprach zu der Steinbruchsverpachtung. Die technische Rückständigkeit der hiesigen Steinindustrie, führte er aus, muß überwunden werden. Hier muß die Stadtverwaltung selbst verbesserend mit eingreifen versuchen. Sämtliche benötigten Arbeitskräfte müßten nur von Wernigerode sein. Die folgende Aussprache war außerordentlich lebhaft. Die Fraktion wurde beauftragt, dafür einzutreten, daß die Steinarbeiter als Mitglieder der Ortskrankenkasse erhalten bleiben. Im Schlußwort weist Gen. Schlegel nach, daß allein die Reichsbahn 1927 einen Schotterbedarf von 45 Millionen Mark benötigte. Hierdurch allein wären ungeheure Arbeitsmöglichkeiten auch für den Harz zu schaffen, da bisher der Schotter auf die Schutthalden abgeladen wurde. Gen. Niemann und Goedecke erstatten den Tätigkeitsbericht der Stadtverordnetenfraktion in ausführlicher Weise. In der Aussprache wurden eine Reihe sehr interessanter Fragen angeschnitten und geklärt.

— **25jähriges Feuerwehr-Jubiläum.** Am Montag feierte der Branddirektor E. L. Uehr sein 25jähriges Jubiläum bei der freiwilligen Feuerwehr. Wie es sich für einen Führer gehört, hat der Jubilar von der Pike auf seinen Dienst bei der Wehr getan. Sein egafter Auftreten im Dienst wie auch im bürgerlichen Leben haben ihr die Sympathien großer Kreise der Bevölkerung gesichert.

— **Sich unsichtbar gemacht** hatten die zu Gefängnisstrafen verurteilten Arbeiter H. B. und der Prozeßagent K. M. Dieselben sind jetzt zwangsweise zur Verbüßung ihrer Strafen dem Gerichtsgefängnis zugeführt worden.

— **Kirchenraub.** In der St. Marienkirche ist am Freitag in der Zeit von 12 Uhr mittags bis nachmittags 6.30 Uhr der Opferstock erbrochen und seines Inhalts beraubt worden. Der Täter versuchte mit einem 4 mm breitem Schraubenzieher mit achteckigem hellgelben Holzgriff die Tür zu öffnen. Da dieses nicht gelang, brach er den Kasten direkt aus der Wand, entfernte den Einwurf und stahl den Betrag in Höhe von 2—3 ℳ und steckte den Opferstock wieder in die entstandene Oeffnung. Der Schraubenzieher ist bei der Kriminalpolizei in Augenschein zu nehmen. Es können daselbst nähere Angaben zur Ermittlung des Täters angebracht werden.

— **Festgenommen** wurde der landwirtschaftliche Arbeiter A. P. wegen Sittlichkeitsverbrechens. P. hat im Beisein eines 13jährigen Schülers sich in mehreren Fällen sittliche Delikte zu schulden kommen lassen. Er sieht daher seiner gerichtlichen Bestrafung entgegen.

— **Oeffentliche Mahnung!** Die im Monat September 1928 fällig gewesenen Grundvermögens- und Hauszinssteuern, sowie Steuerreste aus den Vormonaten sind innerhalb 3 Tagen an die Stadthauptkasse, Rathaus, Zimmer 5, zu zahlen. Nach diesem Termin werden die Rückstände zwangsweise eingezogen, wie eine Bekanntmachung des Magistrats in unserer heutigen Ausgabe im Anzeigenteil sagt.

— **Der Gemeinnützige Bauverein** hat von der fürstlichen Verwaltung ein weiteres Stück Gelände an der verlängerten Wegestraße angekauft, um weitere Wohnungen bauen zu können. Es sollen weitere 42 Wohnungen erstehen.

— **Schloß-Lichtspiele.** Ein großer Spielplan vom Dienstag bis Donnerstag wird die Besucher der Schloß-Lichtspiele voll und ganz zufrieden stellen. „Die Dame mit dem Tigerfell" ist ein Ufa-Film mit Ellen Richter in der Hauptrolle. Ein spannender Kriminal- u. Gesellschaftsfilm, der sauber und interessant gemacht ist. Bruno Kastner spielt den findigen Pfiffikus mit der sympathischen, leisen Ironie seiner heute erreichten Reife. Die Hauptrolle liegt in Händen Ellen Richters. „Das Reifezeugnis", ein Schillerroman. Bosheit, Intrige, Stolz und Liebe ringen hier miteinander und enden schließlich mit der Niederlage des Bösen und dem Triumph des Guten. „Säuglingspflege zu Kraft und Schönheit" und die „Deulig-Woche" beschließen diesen fabelhaften Spielplan der täglich 7 und halb 9 Uhr beginnt.

* **Vorsicht vor einem falschen Arzt.** In einer hiesigen Krankenanstalt trat am 1. 9. 28 ein Mann auf, der sich Dr. Schumann nannte. Er baldowerte durch stundenlangen Aufenthalt in der Krankenanstalt die Kleiderablagen für Aerzte und Krankenschwestern aus und stahl aus den Kleidern mehrere größere Geldbeträge. Durch sein sicheres Auftreten und durch die Nachfrage nach dem Chefarzt setzte er eine Krankenschwester, von der er auch einen Bogen Papier verlangte, in den Glauben, sie habe einen Arzt vor sich. Sie ließ ihn aus diesem Grunde unbeaufsichtigt, wodurch der angebliche Dr. Schumann seine Arbeit ungestört verrichten konnte. Bei seiner Begegnung mit einem Arzt der Krankenanstalt zeigte er wieder gewandtes Auftreten und fragte nach einem anderen Arzt, dessen Namen er zufällig an einem Schilde gelesen hatte. Da derartige Diebstähle in Krankenhäusern hier noch nicht vorkamen, wird angenommen, daß es sich um einen reisenden Dieb handelt. Beschreibung: Etwa 30 Jahre alt, 1.72—1.74 m groß, blond, fast hellblond, gescheitelt, gesundes, längliches Gesicht, schlanke Figur, ohne Bart, ist anscheinend Kaufmann und trägt einen guten, dunklen Jackettanzug. Sachdienliche Mitteilungen, die zur Ermittelung des Täters führen können, an die nächste Polizeistelle erbeten.

---

leben konnten. Sie hatten den früh verwaisten Neffen erzogen und ihn studieren lassen. Grünholtz hießen sie, Fräulein Grünholtz, Tante Linka und Tante Röschen nannte der Neffe sie, aber mit einem Röschen hatte die Dame nur scheinlich keine Aehnlichkeit, eher mit einem Dornbusch. Der Neffe wurde Max von ihnen gerufen, und darüber lachte Mieze Spatz herzlich auf, die im Laden zugegen war, und der Mutter, wenn auch widerwillig, half.

Eines Vormittags erschienen zwei Arbeiter, und trugen einen verhüllten Gegenstand und einen Sack mit Handwerkszeug bei sich.

„Is bet beim Doktor Grünholtz", fragten sie die Portiersfrau, die gerade vor der Haustür stand.

„Nanu, wat wollen Se denn hier?"

„Das Schild für den Herrn Doktor anmachen."

„Ach so, denn kommen Se nur, Se können hier durch den Vorderparten gleich gehen."

Es war ein wunderschönes Schild aus schwarzer Emaille mit goldenen Buchstaben, das sich wie ein Schmuck der Fassade ausnahm, und das den Berlinern kündete, daß Herr Doktor Maximilian Grünholtz täglich von 9—1 Uhr vormittags und von 3—6 Uhr nachmittags Zähne plombierte auch schmerzlos zog und Mund- und Kieferkrankheiten behandelte.

Die Portiersfrau bewies, daß sie nicht nur eine eifrige Klätscherin war, die Neuigkeiten von Haus zu Haus trug. Sie zeigte, daß sie seelischen Anteil nahm an dem, was bei ihren Mietern vorging. Denn sie teilte Frau Johanna Spatz mit, während diese ihr ein Pfund Musäpfel zuwog, daß der Herr Doktor Maximilian Grünholtz eine Sprechstundenassistentin mit Kenntnissen in der Buchführung und schöner Handschrift suchte. Und da habe sie an Fräulein Luischen gedacht, ob diese sich nicht dem Herrn Doktor vorstellen wollte. Sie habe ihm schon von ihr erzählt, und er habe sie mit großem Interesse angehört, denn sie, die Portiersfrau, hatte einen Stein bei ihm im Brett.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Halberstadt.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Die Zahl der männlichen Arbeitssuchenden ist in der Berichtswoche vom 6.—12. d. Mts. gesunken. Die Landwirtschaft blieb noch aufnahmefähig, obwohl bereits infolge teilweiser Beendigung der Erntearbeiten Entlassungen erfolgen mußten. Die Lage auf dem Baumarkt blieb unverändert. Neueinstellungen fanden nicht statt. In der Lederverarbeitungsindustrie sind weitere Entlassungen erfolgt. Auch die Metallindustrie hat Kräfte abstoßen müssen. Ein Betrieb lohnte die dritte Schicht ab. Unverändert blieb die Lage in der Fleischkonservenindustrie. Das Holz- und Schnitzstoffgewerbe brachte einige Nachfragen nach jungen Fachkräften für Bauschlosserei. Im Gastwirtsgewerbe zeigte sich weiter Bedarf an Aushilfskellnern und Hauspersonal. Die offenen Stellen konnten restlos besetzt werden. Für kaufm. Angestellte hat sich der Arbeitsmarkt nicht gebessert. 56 Notstandsarbeiter sind noch bei der Ostsiedlungsaktion beschäftigt. Die Zahl der männl. Arbeitsuchenden beträgt: 984 (Stadt), 61 (Land), Arbeitslosenunterstützung beziehen 344 (Stadt), 51 (Land). Krisenunterstützung beziehen 111 (Stadt), 10 (Land).

Die Arbeitsmarktlage der Frauen hat sich gegenüber der Vorwoche wenig geändert. In Landwirtschafts- und Gärtnereibetrieben boten sich wieder Aushilfsbeschäftigungen (Bohnenpflücken, Dreschen und Hacken.) Die Schokoladen- und Darmindustrie stellte noch Arbeitskräfte ein. Ebenso zeigte sich das Bekleidungsgewerbe aufnahmefähig. In der Zigarrenindustrie ist die Lage nach wie vor ungünstig. Die Lage in der kaufmännischen Vermittlung wich wenig von den Vorwochen ab. Einer auswärtigen Firma wurden zum 1. Oktober d. Js. jüngere Manufakturwaren-Verkäuferinnen vermittelt. In der Hausvermittlung besteht immer noch Mangel an perfekten Köchinnen, Alleinmädchen mit Kochkenntnissen und guten Hausmädchen. Im Gastwirtsgewerbe sind infolge der günstigen Witterungsverhältnisse bisher Saisonkräfte noch nicht entlassen. Aufwartestellen gingen in größerer Zahl ein. Sie konnten bei der großen Nachfrage der Arbeitsuchenden sämtlich besetzt werden.

Die Zahl der weibl. Arbeitssuchenden beträgt 507 (Stadt), 17 (Land). Arbeitslosenunterstützung beziehen 234 (Stadt), 16 (Land). Krisenunterstützung beziehen 16 (Stadt), 1 (Land).

---

* **Eine Richtigstellung.** In der Besprechung der Operette „Die goldne Meisterin" hatten sich einige Fehler eingeschlichen, die im Interesse der Beteiligten der Richtigstellung bedürfen. Es wurde gesagt, daß Kurt Brink (Ritter Fridolin) und Hans Herbst (Graf Baromir) alle Minen ihrer Komik springen ließen. Dann muß es heißen: „Kurt Brink wirkte aber auch nach der anderen, nach der weiblichen Seite hin sehr gut. Er hatte nämlich Leonore Spinti, die die Haushälterin Portschunkulo spielte, als Partnerin".

* **Bäder der letzten Woche.** In der städtischen Badeanstalt wurden in der letzten Woche 2685 Schwimmbäder, 545 Wannenbäder, 77 russ.-röm. Bäder, 20 elektrische Lichtbäder und 760 Brausebäder, zusammen 4067 Bäder verabreicht.

* **Stadttheater.** Am Mittwoch beginnen unter der Regie von Dr. Harald Güthe die Vorproben zu Schitzlers fünfaktigem Schauspiel „Der einsame Weg". Die Erstaufführung dieses in Halberstadt noch nicht gespielten Meisterwerkes Arthur Schnitzlers wird am Mittwoch, den 26. September stattfinden. Bei der Operette befindet sich das Lustspiel mit Musik „Die Frau ohne Kuß" von Richard Keßler, Musik von Walter Kollo in Vorbereitung. Die Erstaufführung findet am Sonntag, den 23. September (19½ Uhr) statt. Musikalische Leitung: Kapellmeister Hermann Weßler, Spielleitung: Oberspielleiter Georg L'Orange. — Die erste Vorstellung für Dienstag-Abonnenten findet am Dienstag, den 18. September 20 Uhr „Und das Licht scheinet in der Finsternis", für den Bühnenvolksbund und Freitag-Abonnenten am Mittwoch, den 19. September 20 Uhr „Turandot" statt.

* **Sylvero-Experimentalabend.** Der Sommer neigt sich seinem Ende zu. Für die Gewerkschaften heißt es nun, sich wieder auf die Winterarbeit einzustellen. Der Deutsche Werkmeisterverband und der Zentralverband der Angestellten hatten als Auftakt zum Winterprogramm einen Experimentalabend angesetzt. Mit der Gewinnung des hier in Halberstadt nicht unbekannten Künstlers Sylvero, der das Publikum in „das Reich des 6. Sinnes" führte, hatte man einen guten Griff getan. Sylvero ließ keine Langeweile aufkommen. Die vorgeführten Experimente zeigten tüchtiges Können des Künstlers. Er arbeitete nicht etwa mit mitgebrachten Medien, sondern mit dem Publikum. Er arbeitete auf dem Gebiet der Gedankenübertragung, der Suggestion usw. Kleine Gegenstände, wie Steckadeln, die im Saale versteckt wurden, fand er mit Leichtigkeit. Interessant war auch das Zusammenstellen einer Hochzeitsgesellschaft. Junge Mädchen, die „keinen" abkriegen können, mögen sich vertrauensvoll an Sylvero wenden. Er besorgt selbst die unvermeidliche Schwiegermutter. Viel Heiterkeit erregten die im zweiten Teil gezeigten Experimente auf dem Gebiet des Magnetismus. Die von Sylvero aus dem Publikum ausgesuchten Medien waren nicht imstande, sich seinem starken Willen zu entziehen. Die Darbietungen, die die Medien auf Befehl Sylveros ausführen mußten, wie die Reise im Flugzeug, das Zahnziehen, das Zurückversetzen einer jungen Dame in deren drittes und siebentes Lebensjahr, riefen oft wahre Lachsalven hervor. Die Darbietungen zeigten, aber auch, wie Sylvero selbst ausführte, daß man es durchaus nicht mit übersinnlichen, sondern mit ganz natürlichen Vorgängen zu tun hat. Es gehört nur ein starker Wille und ein geistig reglames, starknerviges, nicht, wie man oft irrtümlich annimmt, schwachnerviges Medium dazu. Mit einigen Schlußworten des Vorsitzenden, der auf die kommende Winterarbeit und auf den vom Verband veranstalteten Wettbewerb zur Mitgliedergewinnung hinwies, fand der gutgelungene Abend sein Ende.

* **Darf das Hufbeschlaggewerbe ein nicht geprüfter Schmied mit Hilfe eines geprüften Gesellen ausüben?** Nach § 30 a der Reichsgewerbeordnung kann der Betrieb des Hufbeschlaggewerbes durch die Landesgesetzgebung von der Beibringung eines Prüfungszeugnisses abhängig gemacht werden. Ein solches Gesetz ist für Preußen am 18. Juni 1884 ergangen. Der Schmied L. hatte sich vor dem Amtsgericht in Altenkirchen zu verantworten, weil er unberechtigt das Hufbeschlaggewerbe ausgeübt habe, ohne ein Prüfungszeugnis zu besitzen. K. erachtete sich für berechtigt, das Hufbeschlaggewerbe mit Hilfe eines Gesellen auszuüben, welcher eine Prüfung abgelegt hatte. Das Amtsgericht in Altenkirchen verurteilte aber L. zu einer Geldstrafe auf Grund des § 174 der Reichsgewerbeordnung, wonach sich strafbar mache, wer den selbständigen Betrieb eines stehenden Gewerbes, zu dessen Beginn eine besondere polizeiliche Genehmigung — Konzession, Approbation, Bestallung — erforderlich sei, ohne die vorschriftsmäßige Genehmigung unternimmt oder fortsetzt. L. habe das Hufbeschlaggewerbe auch nicht in der Weise ausüben dürfen, daß er einen Gesellen welcher die Prüfung abgelegt habe, annahm und diesem beim Beschlagen der Pferde behilflich gewesen sei. Diese Entscheidung focht L. durch Revision beim Kammergericht an und vertrat den Standpunkt, daß er berechtigt gewesen sei, mit Hilfe eines geprüften Gesellen den Hufbeschlag auszuüben. Der 3. Strafsenat des Kammergerichts wies aber die Revision des Angeklagten als unbegründet zurück und führte in Uebereinstimmung mit dem Oberverwaltungsgericht aus, die Ausübung des Hufbeschlaggewerbes durch einen qualifizierten Stellvertreter sei nur gestattet, wenn der Gewerbetreibende selbst das Prüfungszeugnis erlangt habe. Wer das Hufbeschlaggewerbe betreiben wolle, müsse nach §§ 30 a, 147 der Gewerbeordnung eine Approbation besitzen; es sei nicht zulässig, wenn sich ein Schmied, welcher keine Approbation habe, sich einen geprüften Gehilfen annehme und dann das Hufbeschlaggewerbe ausübe.

PA. **Handel mit Schußwaffen.** Nach dem neuen Schußwaffengesetz ist zum Herstellen, Instandsetzen und zum Handel mit Schußwaffen eine Genehmigung erforderlich. Da das Gesetz bereits am 1. 10. d. Js. in Kraft tritt, werden die infragekommenden Gewerbetreibenden gut tun, ihre dahingehenden Anträge unverzüglich bei der hiesigen Polizeiverwaltung zu stellen. Auskünfte werden im Zimmer 7 des Polizeidienstgebäudes (Domplatz 37) erteilt.

* **Ein Maikäfer besucht uns.** Die schöne Maienzeit mit ihren brummigen und behäbigen Maikäfern ist vorüber. Aber trotzdem konnte es einer dieser braunen Gesellen nicht begreifen, daß das aus sein sollte. Er meinte wohl, es müsse immer Mai sein und kam jetzt aus seinem Versteck in der Erde hervor. Gefunden wurde der Käfer in der Sandkuhle Sternwarte. Selbstverständlich handelt es sich um ein Weibchen . . .

* **Schon wieder zwei Räder gestohlen.** Gestern wurde aus dem unverschlossenen Hausflur eines Grundstücks am Fischmarkt ein Herrenfahrrad entwendet. Das Rad war schwarzlackiert und hatte rote Griffe. Die hintere Bereifung war neu. — Das zweite Rad wurde in der letzten Nacht vom Hof eines Grundstücks in der Ringstraße gestohlen. Der Dieb war über den Zaun geklettert. Es handelt sich um ein Rad der Marke „Arnold", das schwarz lackiert und mit grünen Streifen abgesetzt war. Am Rande befand sich ein verschließbarer Gepäckhalter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280919-18/fragment/page=0006

An unsere Ortsvereinsleitungen im Unterbezirk Wernigerode.

Werte Genossinnen und Genossen!

Am **Sonntag, den 23. September, vormittags 10,30 Uhr,** findet im „**Monopol**" in Wernigerode eine

Unterbezirks-Konferenz

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Die Bedeutung der am 2. Dezember stattfindenden Provinzallandtags, Kreistags- und Gemeindevertreterwahlen. Referent: Bürgermeister Genosse Reichardt.
2. Wie wollen wir den Wahlkampf führen. Ref. Genosse Schütte-Halberstadt
3. Aufstellung der Kandidaten zum Provinziallandtag und Kreistag.
4. Ergänzungswahlen zum Unterbezirksvorstand.
5. Sonstige Parteiangelegenheiten.

Alle Ortsvereine bis zu 200 Mitglieder haben einen Delegierten zu dieser Konferenz zu entsenden. Für je 200 weitere Mitglieder kommt ein Delegierter mehr in Frage. Restzahlen über 100 gelten als voll. Die Wahl der Delegierten erfolgt in Mitgliederversammlungen und es wird erwartet, daß auch unsere Frauen hierbei genügend berücksichtigt werden. Die Ortsvereinsvorstände müssen den Delegierten Mandate ausstellen, da ohne Mandat keiner Stimmrecht hat.

Die Kosten für die Konferenz werden von der Bezirkskasse getragen.

Genossinnen und Genossen! Wenn wir durch die Herbstwahlen unsere Positionen im Provinziallandtag, im Kreistag und in den Gemeindeparlamenten verstärken wollen, bedarf es einer gründlichen Vorarbeit. Diese zu erörtern und in allen Einzelheiten festzulegen, ist Aufgabe der Konferenz. Des weiteren muß bis am 21. Oktober stattfindende Werbewoche für die Partei und Presse ausgiebig besprochen werden, damit wir diesmal auch im Unterbezirk Wernigerode einen größeren Erfolg herausholen. Aus all den Gründen wird es unseren Ortsvereinsvorständen zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß nicht nur die Delegierten, sondern möglichst sämtliche Funktionäre der Partei an der Konferenz als Gäste teilnehmen. Wir haben große Kämpfe vor uns und die Mitarbeit aller Mitglieder insbesondere aller Funktionäre ist dabei unbedingt erforderlich. Des halb heißt die Parole am 23. Sept.:

Auf zur Unterbezirkskonferenz nach Wernigerode.

Mit Parteigruß:

Der Unterbezirksvorstand. J. A. Fr. Schütte.

Aus Osterwieck.

— (Eine Vorverlobung) fand unter einem großen Menschenauflauf am Donnerstag abend in der Stobenwete statt. Das Liebespaar ist ein 66jähriger Mann und ein 17jähriges Sachsenmädchen, die zunächst unter starker Beteiligung von Freunden und Bekannten ihr Wiedersehen feierten, das durch div. Kasten Bier gebührend angefeuchtet wurde. Die Rückgabe des reichlichen Bierkonsums erfolgte in Form von „kleinen Bedürfnissen" freihändig direkt auf die Straße. Von draußen versuchten junge Burschen als Fassadenkletterer die „harmonische Feier" zu stören, bis deren Fortsetzung in einer tüchtigen Rauferei in breiter Oeffentlichkeit auf der Straße erfolgte, wobei durch lebhafte Zurufe die fürchterlichsten Injurien in Form von mündlichen Führungszeugnissen ausgewechselt wurden. Um einer Uebertzigung vorzubeugen, rissen sich die Teilnehmer auch die Kleider vom Leibe. Die Polizei griff dann nach besten Kräften ein und brachte zunächst das ungleiche Liebespaar nach der Wache und von dort ins Polizeigefängnis.

Aus Oschersleben.

— (Eine neue Panzerkreuzerfabrik) hat die KPD. unter der Firma Erich Zaresze hier aufgemacht. Aus Pappe und Holz ist das Ungeheuer hergestellt, das mit schwarzweißroter und schwarzrotgoldener Flagge geziert ist. Der Jünger von Max Holz glaubt mit seinem Papp-Panzerkreuzer den Feldzug zu eröffnen. Nächsten Mittwoch soll der Stapellauf auf der Bode vonstattengehen, und wenn die Sache klappt, soll der Feldzug sofort eröffnet werden. Unserem Kriegsberichterstatter ist es gelungen, den Feldzugsplan zu erhaschen. Stromaufwärts geht es bis Hordorf. Dort muß der Panzerkreuzer auf Kinderwagenrädern an Land gebracht werden, weil eben kommunistische Panzerkreuzer auch nicht über Wehre fahren können. Gelingt der Transport, wozu die rote Armee mobil gemacht ist, dann geht es weiter stromaufwärts bis Quenstedt. Von hier aus sollen die Abtrünnigen in Gröningen und dann die Redaktion des Halberstädter Tageblatts bombardiert werden. Als Munition sind die bekannten Thälmann'schen Stinkbomben vorgesehen. Nach erfolgreichem Bombardement findet dann eine Siegesfeier statt. Den Siegesbericht bringen die „Rote Fahne" und die „Erbsne". Vielleicht können wir dann lesen, wie die SPD. vernichtet wurde. Vorläufig leben wir aber noch und hoffentlich recht lange. Wir fürchten weder den „Papp-Panzerkreuzer, noch die Thälmann'schen Giftbomben. Unser Gegenangriff erfolgt in der bereits vorgesehenen Werbewoche. Wir werden dann berichten, auf welcher Seite der Sieg war.

— (Festgenommen) wurde heute morgen der 25jährige Bergarbeiter Walter Unverhau aus Braunschweig, der von den Gerichten wegen verschiedener Straftaten steckbrieflich verfolgt wurde.

Aus Thale.

— (Unglück im Bodetal.) Am Sonnabend nachmittag gab es im Bodetal, unweit von Altenbrak, ein Unglück, das leicht böse Folgen haben konnte. Ein Wagen einer Brauerei fuhr gegen die schmale Brücke dicht vor Treseburg, riß den linken Brückenpfeiler ab und stürzte in die Bode. Das Auto wurde zertrümmert, der Führer erlitt einen Nervenschock, der Beisafrer trug Knochenbrüche davon. Beide wurden alsbald nach Quedlinburg transportiert. Beide Fahrer sollen angetrunken gewesen sein.

— (Mitgliederversammlung der SPD.) In unserer Mitglieder-Versammlung, welche am Donnerstag, den 20. Septbr., abends 8 Uhr im Restaurant Steinbachtal abgehalten wird, spricht der Gen. Ferl über „Die politische Lage". Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind willkommen. Das Erscheinen sämtlicher Parteigenossinnen und Genossen wird erwartet.

— (Funktionärsitzung.) Die am Sonnabend abend abgehaltene Funktionärsitzung war gut besucht. Es wurden allerlei Vorarbeiten für die Agitationsarbeiten in der nächsten Zeit erledigt. Weiter wurde beschlossen, den 21. Oktober in würdiger Weise zu feiern. Das Programm sieht eine Festrede, einige Gesangsstücke des Volkschors und ein dem Tag entsprechendes Theaterstück, ausgeführt von der freien Volksbühne, vor. Sodann wurde zur Aufstellung der Wählerlisten für die Kommunalwahlen Stellung genommen und ein Funktionärausschuß gewählt, welcher die Vorarbeiten erledigen soll. Als Delegierte für die Unterbezirkskonferenz in Weddersleben am 14. Oktober wurden die Genossin Fischer und die Genossen Erwin Hähne, Lengeling, Scholz und Wenkel sen. gewählt. Außerdem nehmen an der Konferenz noch die 3 Genossen von Thale teil, welche dem Unterbezirksvorstand angehören, Gen. Oberländer, Wegener und Gerlach. Für die Verbreitung der eingetroffenen Flugblätter, sowie der Volkskalender werden die gewählten Bezirtsführer Sorge tragen. Von allen Funktionären wurde fleißige Mitarbeit zugesagt. Gen. Wilhelm Beier fragt bei unserer Magistratsmitgliedern an, ob es richtig sei, daß der Magistrat eine rückwirkende Mietserhöhung von 1925 ab beschlossen habe. Die Bewohner des 18. Familienhauses an der Rübchenstraße hätten eine Aufforderung erhalten, ab 1925 erhöhte Miete zu zahlen. Gen. Schinkel und Wenkel erklären, von einem derartigen Beschluß nichts zu wissen. Von den Mitgliedern des Bildungsausschusses wird bekannt gegeben, daß am Sonnabend, den 22. September ein vom Arbeiterbildungsausschuß im Restaurant Steinbachtal veranstalteter Theaterabend stattfindet. Gegeben wird „Im weißen Rößl". Gen. E. Hähne teilt mit, daß vom 6.—8. Oktober im „Ritter Bodo", eine vom Arbeiter-Radiobund, Ortsgruppe Thale, veranstaltete Funkausstellung abgehalten wird, und bittet um regen Besuch dieser Veranstaltung.

Aus Quedlinburg.

— (Die Schulerweiterungsbauten begonnen.) Gemäß dem Beschluß der letzten Stadtverordnetensitzung sind die Arbeiten zur Erweiterung der Oberrealschule bereits begonnen. Es sind zunächst die Ausschachtungsarbeiten vorgenommen. Bald werden auch die beiden Wohnhäuser Konvent 25 und 26 abgerissen werden müssen. Der Anbau an der Südersstadtvolksschule ist noch nicht in Angriff genommen. Man ist sich scheinbar über den Platz, wo der Anbau entstehen soll, noch nicht einig. In kürzester Zeit werden nunmehr die Baumaterialien, die im Vorjahre mit großer Mühe und Qual nach dem Platz geschafft wurden, wo der Volksschulneubau entstehen sollte, wieder abgefahren werden. Dieser Kostenaufwand und dazu die Kosten für die Erweiterungsbauten werden wohl nicht weit hinter den Kosten für ein neues Volksschulhaus zurückbleiben.

— (1. Winterkonzert.) Das am Freitag abend im Gewerkschaftshaus stattgefundene 1 Winterkonzert des Bildungsausschusses der freien Gewerkschaften unter Mitwirkung des gesamten Quedlinburger Konzert-Orchesters unter Leitung des Herrn Waldo Zimmer, kann als eine sehr gute Bildungsveranstaltung bezeichnet werden. Das Orchester gab unter der sicheren Leitung seines Dirigenten sein Bestes. Durch den starken Beifall wurde das Orchester zu Zugaben gezwungen. Hoffentlich werden im Winterhalbjahr noch mehrere derartige Konzerte vom DAGB. veranstaltet, das ist auch der Wunsch aller Zuhörer.

— (Magistrat und Gehaltszahlungen.) Der Magistrat der Stadt Quedlinburg ist schon lange in der Entlohnung der Angestellten nicht vorbildlich. Hier erhält z. B. ein langjähriger Angestellter, der wöchentlich ca. 6000 M verwalten muß, sein Gehalt nach Gruppe 4 des Bezirksmanteltarifs. Dasselbe geschieht einem anderen Angestellten, der sehr lange in derselben Abteilung arbeitet, dort Klagen durchführt und auch Gelder auszahlt. Diese Besoldung entspricht etwa der eines jugendlichen Angestellten 2—3 Jahre nach dem Auslernen. Aber die Schuld trifft oft die Angestellten selbst mit, denn sie sind meist nicht organisiert. Die Schiedsgutachterstelle, die für andere Gruppierung sorgen könnte, kann aber nur von organisierten Angestellten angerufen werden. Mögen die Angestellten der Stadtverwaltung einmal die erforderlichen Schlüsse daraus ziehen.

— (SPD.) Mittwoch abend 20 Uhr wichtige Vorstandssitzung Schloßberg 16.

— (Vom Stahlhelmrummel.) Am Sonntag sah man verschiedene schwarzweißrote Fahnen. Sogar das Oelert-Haus (städt. Eigentum), das einmal städt. Jugendheim werden soll, war mit Tannengrün, schwarzweißroten Fähnchen und einer großen Fahne gleicher Farbenzusammenstellung ausstaffiert. Die Geschäftsleute zeigten, soweit sie überhaupt flaggten, zum größten Teil die Stadt- und Preußenfarben. Während sie aber bei dieser Veranstaltung einer republikfeindlichen Organisation flaggten, hielten sie es am Verfassungstage trotz Aufruf der Behörden nicht für nötig, das Gleiche zu tun. Aufträge republikanischer Behörden nehmen sie aber gern entgegen. Die Stadtverwaltung zeigte die weiße Fahne mit Adler und Krone, jedoch keine städtischen oder gar Reichsfarben. Auf dem Sportplatz wehten die Stadtfarben und viele schwarzweißrote Parteifahnen; auch hier keine Reichsfarben auf städt. Gebiet. Die Beteiligung war gegenüber dem Kreisfest des Reichsbanners sehr schwach. Herr Kamecke schreibt zwar von 2000 Mann (er hat durch die Brille viele doppelt gesehen), während nur zirka 1400 gezählt wurden. Also wieder mal die große Pleite beim Stahlhelm. 10 000 Mann sollten kommen und 1400 kommen.

— (Erhöhung der Milchpreise.) Durch die anhaltende Trockenheit ist im Kreis Quedlinburg eine starke Futtermittelknappheit eingetreten, so daß die Milchanlieferung in den letzten Wochen besonders stark zurückgegangen ist. Die Milchknappheit kann nur durch Verfütterung von Kraftfuttermitteln behoben werden, was eine Erhöhung des Milchpreises ab morgen um 2 ₰ mit sich bringt.

Kreis Quedlinburg.

Gatersleben, 17. September (Plötzlicher Tod in der Kirche.) Am Sonnabend, den 15. September, feierte das Wilh. Sperling'sche Ehepaar seine goldene Hochzeit. Als die Festteilnehmer in der Kirche erschienen und der Festakt kaum begonnen hatte, erlitt der Kirchenälteste Strauchmann, welcher im 75. Lebensjahre steht, einen Schlaganfall. Er wurde in die Wohnung des Geistlichen geschafft und ein Arzt aus Frose herbeigerufen, weil der ansässige Arzt nicht zur Stelle war. Darauf wurde Strauchmann in seine Wohnung gefahren, wo er um 6.45 Uhr verstarb.

Reinstedt, 18. September. (Revision im Gemeindebureau.) Auf Veranlassung unserer Kreisverwaltung wurde am Donnerstag eine unerwartete Revision aller Zweige unserer Ortsverwaltung vorgenommen. Wie zu erwarten war, verlief die Revision ohne jede Beanstandung. Leider mußte aber festgestellt werden, daß eine ganze Reihe hiesiger Einwohner noch mit ihren Steuern im Rückstande ist. Dieser Zustand ist auf die Dauer nicht haltbar. Es läßt sich in Zukunft nicht vermeiden, daß die Steuerrückstände auf dem Wege des Zwangsverfahrens eingezogen werden. Man tut daher auf alle Fälle gut, wenn man seine Steuerangelegenheiten umgehend in Ordnung bringt.

— (Feuerwehrübung.) Heute vormittag ertönte plötzlich das Feueralarmsignal, daß um 10.30 Uhr unsere Freiwillige Feuerwehr zu einer Uebung zusammenrief. Schnell war die hiesige Wehr fast vollzählig zur Stelle. Als Brandobjekt war das Pfarrhaus auf dem Johannenhof bestimmt worden. Da auch auf dem Johannenhof eine Wasserleitung vorhanden ist, rückte man nur mit einer Spritze aus. Zahlreiche Zuschauer sahen der eifrigen Tätigkeit der Wehr zu. Unsere Einwohnerschaft kann also, wie die Uebung gezeigt hat, in jeder Beziehung beruhigt sein; denn auch bei niedrigstem Wasserstand ist genügend Wasser vorhanden.

Aus Aschersleben.

— (Motorrad und Auto) prallten auf der Hoymer Chaussee aneinander. Pferd und Motorradfahrer erlitten erhebliche Verletzungen.

— (Die Theaterspielzeit unserer Stadt) nahm gestern Montag vor ausverkauftem Hause ihren Anfang. Das Dessauer Landestheater gab Zuckmeyers „Schinderhannes".

— (Eine neue Anleihe) von 200 000 RM. nimmt unsere Stadt bei der Girozentrale auf, um die notwendigsten Arbeiten durchzuführen.

— (Werkunterricht an höheren Schulen) soll hier grundsätzlich eingeführt werden. Zu diesem Zweck wird eine Lehrkraft des Gymnasiums besonders ausgebildet.

— (An der Beamtenschule) ist das Schulgeld für Obersekretäre und Aufbaulehrgänge auf 175 RM. für den Lehrgang festgesetzt.

Sozialdemokr. Partei Deutschlands
Ortsgruppe Halberstadt
Parteisekretariat Halberstadt, Domplatz 48, Tel. 2591

Jungsozialisten. Am Donnerstag ist Zusammenkunft. Wir lesen und diskutieren über Artikel aus der „Gesellschaft" und den „Klassenkampf".

SAJ — Soz. Arbeiter-Jugend

Halberstadt. Unsere Herbstwerbewoche steht vor der Tür. Es gilt jetzt, die Kräfte zu sammeln, um durch intensive Kleinarbeit gute Erfolge zu erzielen. Wir müssen unter Zurücksetzung aller persönlichen Interessen arbeiten jodaß wir mit der Werbewoche den Höhepunkt erreichen. Aber nicht nur am Orte, sondern auch auf dem Lande erwartet man unsere Unterstützung. Der gestrige Helferkursus in Magdeburg hat den Anfang dazu gemacht. Wir kennen nun die Situation und wollen begeistert die Arbeit aufnehmen. Weiter haben wir auch die Werbewoche der Partei im Auge zu halten.

Halberstadt. Morgen Mittwoch findet im Heim ein Heideabend statt. Dichtungen und Erzählungen von Löns, Storm u. a. werden umrahmt von Liedern zur Laute.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Halberstadt. Am Mittwoch findet beim Kameraden O. Bollmann um 7½ Uhr eine wichtige Vorstandssitzung statt. Daran anschließend Sitzung der Bezirksführer. — Die Unterkassierer werden gebeten, ihre Bezirke nochmals gründlich durchzukassieren und dann bis spätestens den 5. Oktober abzurechnen.

Rundfunk-Programme
der hauptsächlichsten deutschen Sender.

Mittwoch, den 19. September.

Berlin. 21 Konzert, 22.30 Nachtmusik.

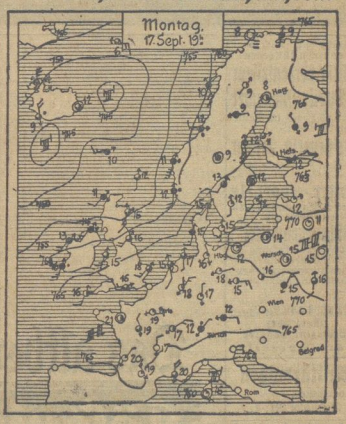
Königswusterhausen. (Zeesen). 20 „Altfränkische Bauernhochzeit" (Sprüche, Gedichte, Geschichten usw.), 21 Uebertragung von Berlin.

Leipzig. 20.15 Bunter Abend, 22.30—24 Uebertragung von Dresden: Nachtmusik.

Hamburg. 20 „Ans Wert" (Musik und Rezitation). Darauf Uebertragung aus Cafe Wallhof.

Langenberg. 20 Uebertragung von Köln: Abendkonzert.

Amtliche Wetternachrichten.



ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◐ heiter, ◑ halbbedeckt, ● wolkig, ● bedeckt, • Regen, * Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, ≋ gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ⦶ Stille, — ○ sehr leicht, — ○ leicht, — ○ schwach, — ○ mäßig, — ○ frisch, — ○ stark, — ○ steif, — ○ stürmisch, — ○ voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte, Hamburg.

Voraussichtliche Witterung bis 19. 9., abends:

Die Hochdruckwetterlage, der wir die Reihe der schönen Tage verdanken, erfährt zurzeit eine starke Bedrohung durch Störungen, die im Nordwesten und Süden Europas entstanden sind. Ein kräftiges Tief liegt über Italien und verfrachtet südliche Warmluftmassen über Balkan und die Adria nach Norden. Ein ausgedehntes Regengebiet entsteht hierbei an den Alpen und der Donau, wo die warmen Luftmassen auf den Kaltluftblock stoßen, der über dem Kontinent liegt. Da sich das Hochdruckgebiet ostwärts zurückzieht, stellt sich über Mitteleuropa eine breite Südströmung ein, die Teile der südlichen Störung bis in unsere Gegend vortreiben werden. Wir haben daher Bewölkungszunahme zu erwarten und später auch in den südlichen Teilen des Gebietes vorübergehend Regen. Es scheint aber nicht so, als ob die Wetterverschlechterung einen endgültigen Abbruch des Hochdruckwetters bringen sollte.

Aussichten: Zunehmende Bewölkung, nachts milder, später vorübergehend Regen, besonders südöstlich des Harzes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280919-18/fragment/page=0007

Stadt-Theater.

Dienstag, den 18. September 1928, 20 Uhr
Erstaufführung
„Und das Licht scheinet in der Finsternis"
Drama in 4 Akten von Leo Tolstoi.
Preise 1 (0,50 bis 3,80 R.-M.).
(Dienstag-Dauermietskarten gültig).

Mittwoch, den 19. September 1928, 20 Uhr
„Turandot"
Schauspiel in 5 Aufzügen von Fr. v. Schiller, m. Musik
Preise 11 (0,80 bis 5,30 R.-M.).
Bühnenvolksbund- u. Freitags-Dauermietskart. gült.

Milch ab 18. September

2 Pfennig teurer.

Städt. Milchhof, Quedlinburg.

Gummi-Stempel

Alleiniger Hersteller in Halberstadt
Max Kuhan, Stempel-Fabrik
55 Walter Rathenaustraße 55

Oeffentliche Impfung.

Am **24., 25. und 26. September** findet in der Volksschule I, Franziskanerstr. 2 von 15—17 Uhr, die **öffentliche und kostenlose Impfung** der im Jahre 1927 und früher geborenen Kinder statt, die bisher nicht mit Erysolg geimpft sind.

Die Nachschau der geimpften Kinder wird ebendort am 1., 2. und 3. Oktober von 15—17 Uhr vorgenommen.

Die an die Eltern oder Erziehungsberechtigten der Impflinge ergangenen Aufforderungen sind bei der Impfung und Nachschau dem Impfarzt vorzulegen. Die auf den Impfaufforderungen abgedruckten Verhaltungsvorschriften sind genau zu befolgen.

Nach Beendigung des Impfgeschäftes wird gegen diejenigen Eltern und Erziehungsberechtigten ein Strafverfahren eingeleitet, die die Impfung ihrer impfpflichtigen Kinder nicht nachweisen, oder ein ärztliches Zeugnis über begründete Zurückstellung der Kinder von der Impfung nicht beibringen können.

Auch jeder approbierte Privatarzt ist zur Vornahme der Impfung berechtigt.

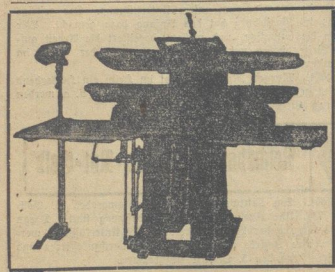
Die Polizeiverwaltung.

Zwangsversteigerung!

Am **Donnerstag, den 20. September 10 Uhr**, werden im Keller des Telegraphenamtes, Eingang Westendorf vom Hof, folgende Gegenstände meistbietend gegen Barzahlung versteigert:

1 Motor (Kraftwagen)
1 Unterteil dazu
1 Kühler
2 elektr. Bronzekronen

Telegraphenamt



Amerikan. Schnell-Bügelei

Durch weitere Aufstellung neuester Dampfbügelmaschinen sind wir in der Lage, in ausgedehnter Weise der

Kleiderpflege

zu dienen. Sie brauchen heute nicht mehr im ungebügelten Anzug herumzulaufen. — **In kurzer Zeit ist derselbe aufgebügelt.** — Kein Versengen, kein Verderben. — Tadellos im Sitz.

Kunst-Stopferei nach patentiertem Verfahren.
Chem. Reinigung im fließenden, sauberen Benzin.

Schicken Sie bitte Ihre Anzüge, Kleider sofort zu

Franz Küffner

Harsleberstraße Nr. 12 oder Holzmarkt Nr. 23
Telefon 2083 zur Kleiderpflege **Telefon 2083**

Ein unentbehrliches Nahrungsmittel

aus edelsten Erzeugnissen der Natur, das den verwöhntesten Ansprüchen gerecht wird, ist die neue Marke **„Alma, die Margarine für Alle"**.

Sie wird grundsätzlich ohne Zugaben verkauft. Dafür erhält die Hausfrau den vollen Wert des gezahlten Preises in der Qualität der Ware.

Das Pfund kostet nur 85 Pfennig.

ALMA DIE MARGARINE FÜR ALLE

Leihhausversteigerung.

Die vom **1. Oktober 1927 bis 31. März 1928** verfallenen Pfänder, mit den Pfandscheinnummern **16735 bis 23271**, in den Farben **gelb u. grün**, werden am

Montag, den 15. Oktober, nachmittags 14 Uhr

im städt. Pfandleihamt, am Kulk 7, öffentlich meistbietend, gegen sofortige Zahlung, versteigert. Die Einlösung der Pfänder kann noch bis zur Versteigerung gegen Erstattung des Darlehns, der Zinsen und des Versteigerungskostenbetrages durch die Pfandscheininhaber wochentags von 9—12 Uhr vormittags erfolgen.

Der Magistrat.

Die Gemeinde

Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land

Jeder Stadtverordnete, Gemeindevertreter, Schöffe usw., überhaupt alle in der Kommunalverwaltung tätigen Partei-Genossen sollten diese Zeitschrift lesen

Monatlich 1.00 Mark
Vierteljährl. 3.00 Mark

Bestellungen sind zu richten an die **Volksbuchhandlung**

„Halberstädter Tageblatt"

Kaufmännische Privatschule

von Diplom-Handelslehrer Weißenborn
Halberstadt, Lindenweg Nr. 13

Der Unterricht in den neuen Lehrgängen beginnt wieder **Donnerstag, 4. Oktob.** Anmeld. erb.

Technikum Wolfenbüttel

Höhere Lehranstalt für Maschinenbau u. Elektrotechnik
Prospekt kostenlos unter Technikum Wolfenbüttel 161

Hühneraugen
beseitigt schnell und sicher
Kukirol
Packung nur 85 Pfg.
Bei richtiger Anwendung sind Mißerfolge ausgeschlossen.

Suche für sofort oder später einen jüngeren

tüchtig. Herrenfriseur u. Bubikopfschneider

Kost und Logis im Hause. Lohn 20 Mark.

Otto Seberin, Friseur
Thale a. Bretteweg 7

Kaiser-Apotheke
Walter Rathenaustr. 43
empfiehlt als:
Gichtgegenmittel
Dolorezeumreibung
Gichtee und
Rheumatrauterpflaster
Entkalkungstabletten

Merz'sche Salbe gegen Flechten
Merz'sche
Blutreinigungstee
Rats-Apotheke.

Militärwagen
zu verkaufen.
Radahne Nr. 1.

Für die wirtschaftliche Frau

4 die kleine Anzeige im **Halberstädter Tageblatt** eine wertvolle Helferin in sparsamer Wirtschaftsführung. Wenn sie etwas günstig kaufen will, findet sie reichlich billige Angebote jeder Art. Wenn sie etwas zu verkaufen hat, erreicht die kleine Anzeige Tausende von Lesern, die Interesse für das Angebot haben.

Das altberühmte Köstritzer Schwarzbier

zur Labung und Stärkung seit fast vier Jahrhunderten für Gesunde und Kranke.

Das altberühmte Köstritzer Schwarzbier ist erhältlich durch Artur Sturm, Generalvertrieb, Harsleberstraße 6, Fernruf 2449, sowie durch sämtliche Bierhandlungen und in allen durch Schilder und Plakate kenntlichen Geschäften. Man verlange ausdrücklich das echte Köstritzer Schwarzbier mit dem gesetzlich geschützten Warzen-Etikett, um vor Nachahmungen geschützt zu sein.

Ausschank vom Fass im Spezialausschank H. d. Rathause 2.

Aus Wernigerode

Oeffentliche Mahnung!

Die im Monat September 1928 fällig gewesenen Grundvermögens- und Hausinsteuern, sowie Steuerreste aus Vormonaten sind innerhalb 3 Tagen an die Stadthauptkasse, Rathaus, Zimmer 5, zu zahlen.

Nach diesem Termin werden die Rückstände zwangsweise eingezogen.

Wernigerode, den 17. September 1928.
Der Magistrat. Dr. Gepel.

Kyffhäuser-Technikum Frankenhausen
Ingenieur- und Werkmstr.-Abt.
Schwach- u. Starkstr.-Technik. Mir Masch.- und Aelt. Sonderabt. f. Landw. u. Flugt. Automobilbau.

Zum Herbst
empfehle die
neuesten Hüte
in Form und Farbe, zu billigsten Preisen
Herm. Coo, Marktstraße 3

Neuer Nebenverdienst
Schließfach 30, Hohenstein-Er.

Verlobungs- und Hochzeitsgeschenke
in reichster Auswahl und billigsten Preisen.
Wilh. Witte,
Pfarr- und Hindenstr.

SCHLOSS-LICHTSPIELE WERNIGERODE

Das **große Programm**
Dienstag bis Donnerstag
Täglich 7 u. 1/2 9 Uhr

Die Dame mit dem Tigerfell

Ein Abenteuer nach Ernst Klein's Roman im Berliner Lokal-Anzeiger.
Hauptdarsteller:
Ellen Richter, Bruno Kastner
Georg Alexander, Evi Eva u. a.

Das Reifezeugnis

Schülerliebe — Schülerehre
Ein Schülerschicksal in 6 Akten

Säuglingswege zu Kraft u. Schönheit
Deulig-Welt-Wochenberichte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280919-18/fragment/page=0008

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft J. V. W. Kindermann, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 220. Mittwoch, 19. September 1928. 3. Jahrgang.

Kommissionsberatungen in Genf.

Fortgang der Völkerbundsarbeit.

Genf, 17. September. (Eig. Drahtber.)

Im Genf wurden am Montag die Beratungen der Kommissionen fortgesetzt. Die Kommission für Mandatsfragen und politische Fragen schloß ihre Beratungen mit der Annahme zweier Resolutionen ab. Zur Mandatsfrage werden die Mandatsstaaten nochmals auf die Notwendigkeit der Herstellung der vollkommen wirtschaftlichen Gleichheit aller Staaten in den Mandatsgebieten aufmerksam gemacht; sie werden gebeten, den Alkoholismus energischer als bisher zu bekämpfen, und noch einmal an ihre Pflicht erinnert, dem Völkerbundssekretariat alle gewünschten Informationen über die Mandatsgebiete zukommen zu lassen. Zu der Bekämpfung der Sklaverei wird festgestellt, daß das Antisklavereiabkommen nunmehr von 26 Staaten ratifiziert worden sei, daß aber noch immer einige in Betracht kommende Staaten fehlen. Die Regierungen werden auch dieser gebeten, alles Material über diese Frage auf Wunsch dem Völkerbund zur Verfügung zu stellen.

In der

juristischen und in der Rüstungskommission

gab es speziell juristische Auseinandersetzungen, die natürlich nicht der politischen Hintergründe entbehrten. Inbezug auf das Mandat der Sicherheitskommission wurde nach längerer Diskussion festgestellt, daß mit der Erledigung der bisherigen Arbeiten die Aufgabe der Kommission nicht beendet sei, sondern sie auch weiterhin von der vorbereitenden Abrüstungskommission mit Untersuchungen über dem Völkerbundspakt inbezug auf die Sicherheit, die er den Völkern biete, beauftragt werden kann. Bei der Beratung des Berichts von Politis über die Völkerbundsartikel 10, 11 und 16 stritt man sich wiederum über das Maß der Sicherheit, das der Pakt biete. Ungarn setzte seinen Vorstoß zu einer Festlegung des Völkerbundes auf die Verpflichtung, die Ausführung von Schiedssprüchen zu erzwingen, fort. Alle Welt weiß, daß sich dieser Vorstoß gegen die feinzerzeilige Weigerung des Rates, einen neuen Schiedsrichter im Dokantenstreit zu ernennen, richtet. Die Rüstungskommission stellte sich inbezug auf die Kontrolle der privaten Waffenherstellung entgegen einem deutschen Vorschlag auf den Standpunkt, daß die Angelegenheit für die Festsetzung eines Konferenztermins nicht reif sei und begnügte sich mit der Annahme einer allnemein gefaßten Resolution, in der die Notwendigkeit einer Veröffentlichung auch der staatlichen Kriegsmaterialproduktion betont wird.

Die technische Kommission

schloß die Generaldebatte über die Wirtschaftsarbeit des Völkerbundes ab und ernannte Loucheur zum Berichterstatter an die Versammlung. Ungarn, Oesterreich, Kanada, Indien und die Schweiz beklagten sich über die industriellen Schutzzölle, die die Agrarländer benachteiligten. Loucheur bemühte sich in seinen Schlußworten, die Befürchtungen, daß durch die Wirtschaftsarbeit des Völkerbundes die Souveränität der Staaten angetastet sei, zu zerstreuen, und versprach den Agrarländern eine stärkere Berücksichtigung. Er schloß, indem er betonte, daß die Herabsetzung der Zollkrise kaum ohne eine Regelung der Produktion durch internationale industrielle Zusammenschlüsse möglich sei. Abg. Rheinbaben erklärte als Vertreter Deutschlands zur Optumfrage, daß Deutschland für eine Beschränkung der Opiumenquete auf Herstellung und Verbrauch von Rauchopium sei. Deutschland werde die Opiumkonvention vom Jahre 1925 ratifizieren, wenn es eine Vertretung in der im Abkommen vorgesehenen Zentralkommission erhielte.

Die kostbare Zeit der

Budgetkommission

des Völkerbundes wurde am Montag durch eine vollkommen sinnlose Fortsetzung des englisch-normegischen Angriffs gegen den

Etat des Internationalen Arbeitsamtes

buchstäblich gestohlen. Es stand von vornherein nach der allgemeinen Debatte am Sonnabend fest, daß die beantragten Streichungen keine Mehrheit finden würden. Trotzdem griffen der englische, der indische und der normegische Vertreter das Arbeitsamt als solches und Thomas wiederum sehr persönlich an — um zum Schluß, als über die von ihnen beantragten Streichungen abgestimmt wurde, sich der Stimme zu enthalten.

Im Auftrage der deutschen Regierung erklärte der Zentrumsabgeordnete Kaas, daß Deutschland die Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes mit großer Sympathie verfolge.

Es gelte nicht, um jeden Preis zu sparen, sondern für die bewilligten Kosten das Beste herauszuholen. Deutschland habe zu dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes das Vertrauen, daß der von ihm aufgestellte Etat den Bedürfnissen des Internationalen Arbeitsamtes entspreche und werde infolgedessen gegen die Reduktion stimmen. Polen, Tschechien, Frankreich und andere Länder wandten sich ebenfalls gegen England.

Ungeklärt blieb naturgemäß die Frage, wie weit überhaupt die Budgetkommission das Recht habe, Einzelposten des Etats des Arbeitsamtes, die vom Verwaltungsrat bewilligt sind, zu streichen.

Die Abrüstungskommission

behandelte am Montag nachmittag die deutschen Kriegsverhütungs-Vorschläge. Sie erklärte sich damit einverstanden, daß die Vorschläge als Mustervertrag der Versammlung zur Annahme empfohlen würden. England, Japan und Italien erklärten aber ausdrücklich, daß sie ihrerseits einem solchen Vertrag nicht beitreten würden. Am schärfsten war der Japaner in der Ablehnung der deutschen Kriegsverhütungs-Vorschläge, die er eine Gefahr für die Entschlußfreiheit des Völkerbundsrates nannte. Auf der anderen Seiten deutete Polen an, daß es lieber sähe, wenn die deutschen Vorschläge zu einer Garantie der gegenwärtigen Grenzen ausgebaut würden. Paul Boncour wies darauf hin, daß, wenn nicht alle oder nicht sehr viele Staaten dem deutschen Kriegsverhütungsabkommen beitreten würden, es doch eine große Propagandawirkung ausüben könnte.

Das Hilfswerk für die Armenier.

Genf, 17. September. (Eig. Drahtber.) Der Völkerbundsrat trat am Montag zu einer kurzen Sitzung zusammen, in der kleinere Fragen erledigt wurden. U. a. wurde das Statut des Internationalen Instituts für Privatrecht in Rom angenommen und Bulgarien offiziell Mitteilung von der baldigen Emission der Völkerbundsanleihe gemacht. Der Norweger Nansen klagte darüber, daß trotz seiner wiederholten Hilferufe die meisten Staaten nicht zu bewegen seien, für die Ansiedlung der vertriebenen Armenier die notwendige materielle Hilfe zu geben. Staatssekretär v. Schubert erklärte im Namen der deutschen Regierung, daß diese bereit sei, das Hilfswerk zu unterstützen, wenn die anderen Staaten ein Gleiches täten und der Völkerbund das Protektorat über die Ansiedlung übernehme. England lehnte dagegen wiederum ab, worauf auf polnischen Vorschlag entschieden wurde, die Frage der Vollversammlung zu unterbreiten.

Burgfriede in Mexiko.

Mexiko-City, 18. Sept. (Eig. Funkm.) Der Innenminister sandte Zirkulare an die Gouverneure sämtlicher Bundesstaaten und ordnete die Oeffnung sämtlicher Kirchen an, die infolge des Religionskonflikts geschlossen worden waren. Dieser Schritt bedeutet jedoch keine Aenderung der bisherigen Regierungspolitik in der Relegionsfrage, da auch weiterhin die Geistlichen zur Registrierung bei den zuständigen Behörden verpflichtet sind und die Kirchenaufsicht den Laien-Nachbar-Komitees anvertraut ist. Nichts destoweniger bedeutet die Handlung eine unzweifelhafte Versöhnungsgeste gegenüber den Katholiken und einen vorbereitenden Schritt zur Konfliktbeilegung.

Ein Freundschaftsvertrag zwischen Jugoslawien und Griechenland.

Belgrad, 18. September. (EF.) Die jugoslawische Regierung hat am Montag telegraphisch in Tirana angeordnet, daß der dortige jugoslawische Geschäftsträger bei der albanischen Regierung die Anerkennung des neuen monarchistischen

Die Unternehmer haben daraufhin an die Gewerkschaften ein Schreiben gerichtet, in dem sie erklären, an der vorgesehenen gemeinsamen Aussprache nicht teilzunehmen, bis alle Arbeiter sich dem Schiedsspruch unterworfen haben.

Warum Erfolg?

Deutschnationales Geschrei um jeden Preis.

Man mag zu dem Ergebnis von Genf stehen, wie man will: mehr, als herausgeholt worden ist, war unter den obwaltenden Umständen nicht zu erreichen. Kein anderer deutscher Vertreter hätte selbst im günstigsten Falle ein besseres Ergebnis erzielt, als es Müller am Dienstag mit nach Hause bringt. Es ging in Genf nicht um ein schroffes Entweder-Oder. Eine Politik der Ultimaten und der Gesten läßt sich nicht mit dem Wesen der auf Verhandlungen beruhenden Politik der Nachkriegszeit vereinbaren. Es ist deshalb ein Rückfall in veraltete Methoden, wenn man den Abschluß der Genfer Besprechungen unter dem Gesichtspunkt eines starren Entweder-Oder beurteilen wollte. Die Erörterungen gehen weiter. Es wird endlich über die Rheinlandräumung offiziell verhandelt werden, und Deutschland wird seinen Teil dazu beitragen, daß diese Verhandlungen schnell eingeleitet und möglichst bald zu einem praktischen Ergebnis geführt werden.

Das ist doch das Wesentliche an dem Ergebnis, daß die lange erstrebten und immer wieder geforderten Verhandlungen über das Rheinlandproblem und die endgültige Lösung der Reparationsfrage nunmehr eingeleitet werden können. Trotzdem überschätzen wir den Ausgang der Genfer Verhandlungen nicht. Wir sind uns darüber klar, daß das Ergebnis nur ein Zukunftswechsel ist, aber gegenüber der Situation, in die uns der Bürgerblock außenpolitisch hineinmanövriert hat, ist dieser Erfolg nicht von der Hand zu weisen. Wahrhaft staatsmännisches Handeln verbietet die Benutzung deutschnationaler Rezepte, verbietet die Fabrikation von Katastrophen, die sich gegen die ersehnte Verständigung der Völker auswirken müssen. Mit Verhandlungen muß jeder Staatsmann rechnen, dem es auf den Erfolg und nicht auf die Geste ankommt. Gewiß, es ist richtig, daß, je mehr die Zeit vorwärts schreitet, die Mißstimmung darüber, daß immer noch deutsches Gebiet besetzt ist, stärker wird. Der Führer der deutschen Delegation, Reichskanzler Müller, hat dem in Genf offen und würdig Ausdruck verliehen, und wenn eine Partei das Recht hat, diese Enttäuschung immer und immer wieder zu betonen, dann ist es die Sozialdemokratie.

Unter diesen Umständen wirkt das Geschrei der deutschnationalen Presse über das Ergebnis der Genfer Verhandlungen außerordentlich deplaziert. Als Müller noch mitten in den Besprechungen stand und ein Ergebnis überhaupt noch nicht abzusehen war, verkündete sie, daß in Genf wieder einmal deutsche Interessen „verkauft" werden würden. Nichts ist „verkauft", nichts ist „erkauft" worden! Was läge für die deutschnationale Presse also näher, als mit dem Ausgang der Verhandlungen zufrieden zu sein? Statt dessen läuft sie wieder einmal hinter dem Wagen der deutschen Außenpolitik her und kläfft wie üblich. Noch ist eine einheitliche Linie in ihrer Beurteilung der Genfer Ergebnisse nicht erkennbar. Es geht durcheinander, wie zur Zeit der Dawesabstimmung. Ein Teil versteift sich immer noch auf die These, daß die Verhandlungen hätten abgebrochen werden müssen, nachdem sich herausgestellt habe, daß an eine sofortige Erfüllung des deutschen Räumungsverlangens nicht zu denken sei. Eine primitive politische Auffassung, die aus dieser These spricht! Sollte wirklich auch nur ein deutschnationaler Politiker den Glauben gehabt haben, daß auf Grund eines ultimativen deutschen Räumungsantrages Briand sofort mit einer höflichen Verbeugung die Zurückziehung der Besatzungstruppen angekündigt haben würde? Das wäre politischer Dilettantismus, das Gegenteil von wahrer Staatskunst.

Aus den Widersprüchen der deutschnationalen Presse — die einen reden von Bindungen, die anderen sagen, das Kabinett ist „noch frei" — leuchtet das eine deutlich hervor, daß die Deutschnationalen um der parteipolitischen Agitation willen das Ergebnis von Genf um jeden Preis zu verkleinern suchen. Aber gerade sie haben das geringste Recht, sich als große und berufene Politiker aufzuspielen. Wo sind die Leistungen der deutschen Außenreichs, Polen u. die Tschechoslowakei hinzuziehen. Neben dieser vertragerion vertreten waren und deutschnationale Vertreter noch deutschen Völkerbundsdelegationen angehörten? Damals hat man nichts von einer ultimativen Räumungsforderung, nichts von einer evtl. Abreise, so nicht einmal etwas von dem Versuch, in Genf offizielle Verhandlungen über die Räumung zustandezubringen, gehört. Die Deutschnationalen wußten, warum. Das Positive, das in Genf erreicht worden ist, wäre unter einer deutschnational beeinflußten Regierung wahrscheinlich niemals erreicht worden.

Einem sozialdemokratischen Reichskanzler blieb es vorbehalten, die Tür zu offiziellen Verhandlungen endgültig zu öffnen. Das ist ein Erfolg, den wir nicht überschätzen, den wir aber auch nicht — und am allerwenigsten von den deutschnationalen Katastrophen-Politikern — ohne Widerspruch herabsetzen lassen.

Am Dienstag Vollversammlung des Völkerbundes.

Am Dienstag vormittag tritt die Vollversammlung wieder zusammen, um die ersten Kommissionsberichte entgegenzunehmen. Man hofft, die Arbeiten spätestens bis zum 25. September beenden zu können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280919-18/fragment/page=0009